Nr. 359 Nr. 4/2019 Preis: Euro 5,00
ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA
ÖSTERREICHISCHE BERG- UND KLEINBÄUER_INNEN VEREINIGUNG

Wege für eine

Bäuerliche Zukunft

ARBEIT: ZWISCHEN SELBST- UND FREMDBESTIMMUNG

Arbeiten bis zum Umfallen?!

Wie arbeiten eigentlich Bakterien?

Neue Wege ins Feld

ÖBV
Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33
E-mail: office@viacampesina.at
Homepage: www.viacampesina.at
Redaktion: Monika Gruber, Franziskus Forster, Eva Schinnerl
Gestaltung & Layout: Eva Geber
Zeichnungen: MUCH Unterleitner
Titelfoto: ÖBV
Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großebersdorf
Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung) Enger Vorstand: Johann Kriechbaum (Obmann), Franziska Schrolmberger (Obmann-Stellvertreterin), Isabella Bösch-Weiss, Daniela Kohler, Franz Rest; erweiterter Vorstand: David Jelinek, Johann Schauer
Geschäftsleitung: Julianna Fehlinger
Sekretariat: Agnes Neubauer
Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.
Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.
Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber*innen wieder.
Einzelpreis: Euro 5,–
Jahresabonnement: INLAND Euro 28,–
AUSLAND Euro 32,–
Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111, Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529 BIC GIBAATWW
ÖBV-Mitgliedsbeitrag:
Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern): Euro 38,– + 1/1000 des Einheitswertes.
Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 38,–. Euro 3,– aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält das Abonnement für die BÄUERLICHE ZUKUNFT.
Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130
42. JAHRGANG (2019)

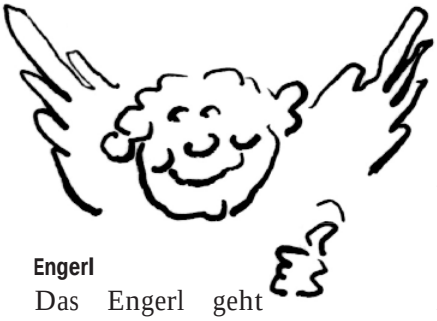
Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Foto: pixabay

Nichts als arbeiten, buddeln, hackeln, schuften? Selbstbestimmt, fremdbestimmt. Schöpferisch, ausbeuterisch. Sichtbar und unsichtbar, freiwillig oder unter Zwang. Hof- und Hausarbeit. Mühevolle Arbeit. Aus wieviel Arbeitszeit besteht unsere Lebenszeit? Wie ist die Arbeit verteilt, und können wir davon leben? Arbeit hört anscheinend nie auf, oder doch? Wo bleibt die Muße? Eines ist klar: Spielerische Arbeit beflügelt uns. Arbeiten an einer anderen Gesellschaft, an einer anderen Zukunft.

Die nächste Ausgabe ist dem Themenschwerpunkt „Demokratie und Friedensbildung“ gewidmet. Wir freuen uns, dass dieser wieder inhaltlich von Frauen aus dem ÖBV-Frauenarbeitskreis gestaltet wird. Redaktionsschluss ist diesmal der 28. Oktober.

Wir wünschen eine beflügelnde Lesearbeit,
Eva, Monika und Franziskus



Engerl

Das Engerl geht diesmal an die Fridays und Farmers for Future dieser Welt. Da ist was in Bewegung geraten, was bis vor kurzem fast undenkbar war. Das macht Hoffnung. Aber selbst das Engerl weiß, dass der Weg noch weit ist.

Teuferl

Das Teuferl geht an alle, die so fixiert auf ihre eigenen Felle sind, dass sie kein Problem damit haben, mit Bolsonaro über das EU-Mercosur-Abkommen zu verhandeln. Menschenrechtsverletzungen, Arbeitsrechte, Höfesterben, Umwelt und Klimaerhitzung – egal: Die EU-Handels- und Agrarkommission, neoliberale Ministerien und die Industriellenvereinigung. Auch die Bauernbund-Führung agiert zwiespältig, in bewährter Mitläufer-Manier.

KOMMENTAR

VON HEIDEMARIE REST-HINTERSEER

Steht Geschlecht der Selbstbestimmung im Weg?

Geschlecht kommt im Deutschen von „Generation, Art, Ursprung“ – die Bedeutung als Geschlecht im Sinne von Weiblichkeit und Männlichkeit ist erst sehr viel später aufgetaucht. Im Englischen wird seit langem unterschieden zwischen Sex und Gender – Sex als Geschlechtszugehörigkeit und Gender als soziales Geschlecht. Zur Klärung der komplizierten Sachlage zuerst eine Kurzdarstellung:

Bei der Position der *Geschlechtergleichheit* wird davon ausgegangen, dass Frauen und Männer als Menschen gleich sind und dass die Bedeutung, die der Geschlechterdifferenz sozial noch immer zukommt, künstlich erzeugt ist.

Bei der Position der *Geschlechterdifferenz* wird von grundsätzlichen Unterschieden zwischen Frauen und Männern ausgegangen, von geschlechterspezifisch unterschiedlich ausgeprägten Eigenschaften, Fähigkeiten und Potenzialen.

Nun noch zur Position der *Geschlechtervielfalt*: Hier hat das Denken in binären (also entweder – oder) Kategorien von „weiblich“ und „männlich“ und die Institutionalisierung dieses Denkens in unseren modernen Gesellschaften zu einer Verhinderung, Verdeckung und Ignoranz der realen Vielfalt geführt, in der Weiblichkeit und Männlichkeit tatsächlich gelebt wird.

Diese Position ist mir ja am sympathischsten: Welche Eltern haben nicht schon erlebt, dass sich ihre Sprösslinge nicht typisch männlich/weiblich verhalten haben und damit in eine ungeheure Spannung mit der Umwelt geraten sind. Nicht alle Mädchen weinen und nicht alle Buben kämpfen und zwischen den beiden Polen gibt es noch unendlich viele Verhaltensmöglichkeiten. Oder bei der Berufsentscheidung: Nicht alle Buben wollen Mechaniker werden, nicht alle Mädchen Friseurin und dennoch entscheidet immer noch eine Mehrheit der Jugendlichen zwischen 5 typisch männlichen und weiblichen Berufen. Das wird der Vielfalt der möglichen Lebensentwürfe von Menschen doch keineswegs gerecht!

Meine Vision schaut so aus: Alle Menschen können von Babybeinen an alle Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln, die sie bereits mitbekommen haben und deren sie in ihrer Umgebung habhaft werden können. Später soll all jenes dazukommen, was es zuhause nicht gab. Und dann sollen Frauen wie Männer ihre höchstpersönliche, maßgeschneiderte Entscheidung treffen können. Dazu braucht es natürlich unterstützende gesellschaftliche Einrichtungen wie Kinderbetreuung für Väter und Mütter, es braucht die Akzeptanz von anderen Lebensformen, die nicht beim Vater-Mutter-Kind-Modell enden. Es gibt aber auch was zu gewinnen: Es muss einer nicht Bürgermeister werden, der es nicht kann ... nur weil ma keinen anderen g´habt haben. Dann gibt es eben eine Bürgermeisterin! Und es gibt keine todunglücklichen Väter, die ihre Kinder kaum kennenlernen, weil der Beruf sie auffrisst. Frauen und Männer können sich abwechseln in anstrengenden, besonders herausfordernden Lebensphasen. Dies ist eine Vision ... zum Umsetzen brauchen wir bloß anzufangen!

Heidemarie Rest-Hinterseer, Bleiwangbäuerin in Dorfgastein, vertritt Fraueninitiativen im Begleitausschuss Ländliche Entwicklung

INHALTSVERZEICHNIS

Anneke Engel
ARBEITEN BIS ZUM UMFALLEN?! 4

Maria Vogt und Gabi Langer
AB-GESICHERT? ABER SICHER! ODER DOCH NICHT? 6

Matthäus Rest
WIE ARBEITEN EIGENTLICH BAKTERIEN? 7

Eva Gelinsky
SELBSTBESTIMMT ODER ABHÄNGIG:
WIE WEITER IN DER ZÜCHTUNG? 9

Julianna Fehlinger
KÖNNEN WIR BEIM EINKAUFEN
DIE WELT VERÄNDERN? 11

Interview von Franziskus Forster mit Andreas Peham
RECHTES GEDANKENGUT UND LANDWIRTSCHAFT 14

ÖBV-*INFO I* 15

Heidrun Aigner
NEUE WEGE INS FELD 16

Gerhard Hovorka
GRÜNER BERICHT 2019: EINKOMMENSRÜCKGANG 18

Josef Mühlbauer
VON A WIE ARBEIT BIS Z WIE ZUKUNFT 21

Florian Sattlberger
AB HOF: EIN- UND AUSBLICKE 22

KURZ & BÜNDIG 23

BÜCHER, BÜCHER 24

Monika Gruber
GLOSSE 26

KONTAKTADRESSEN/ABO-WERBUNG 27

ÖBV-*INFO II* 28

ARBEITEN BIS ZUM UMFALLEN?!

Unter dem Titel „Landidylle!? Arbeiten bis zum Umfallen und gutes Leben am Hof?“ habe ich im August bei uns am Land zu zwei Diskussionsabenden eingeladen. Damit wollte ich zwei Themen zusammenbringen: Die Situation der migrantischen Saisonarbeitskräfte in Österreich und die Situation der Bäuer*innen.

VON ANNEKE ENGEL

Ich möchte einerseits von den Diskussionen berichten. Andererseits möchte ich einige Fragen mit Euch Leser*innen teilen, die ich mir seit diesen Diskussionsabenden für unser Hofkollektiv stelle.

Elisa Kahlhammer von der Sezonieri-Kampagne erzählte nicht nur von der teils sehr schlechten Situation der „Sezonieris“[1] . Sie gab auch bildhafte Berichte von Feldaktionen, die sie und andere Aktivist*innen regelmäßig durchführen, um die Erntehelfer*innen über ihre Rechte aufzuklären. Außerdem gab sie uns Geschichtsunterricht über die Gewerkschaften. So machte sie zum Beispiel den „Nationalismus-Aspekt“ deutlich: Ziel des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) war es historisch, die „Inländer*innen“ zu schützen. So blieben Hintertüren offen, die eine schlechtere Behandlung von ausländischen Arbeitskräften ermöglichten. Dadurch wurde potentiell ein Konkurrenzverhältnis zwischen „inländischen und ausländischen“ Arbeitnehmer*innen geschaffen, was die Solidarität miteinander verhindert und damit die Position aller Lohnabhängigen schwächt.

Fairtrade-Siegel versus Selbstorganisation?

Ein Selbstversorgerbauer erzählte von seiner Schwierigkeit mit seiner Nachbarin, über dieses Thema zu reden. Sie lässt über eine Leiharbeitsfirma ihre Bio-Erdbeeren von Saisonarbeitskräften ernten. Als „guter Nachbar“ fällt es ihm schwer, ein offenes Gespräch zu dem Thema zu führen. Es kam schnell die Frage auf: Kann es nicht ein Fairtrade-Siegel auch für österreichische Produkte geben? Daraus hat sich eine spannende Diskussion ergeben: Gewerkschaftliche Organisation und Selbstorganisation versus Fairtrade-Siegel! Ohne Zweifel hat das bestehende Fairtrade-Siegel bereits in vielen konkreten Fällen die Situation von Bäuer*innen weltweit verbessert. Trotzdem wird kritisiert, es sei eine Standardisierung „von oben“. Hier würde keine direkte Erkämpfung von Rechten mitgedacht, weil alle Macht den Konsument*innen, bzw. deren Beeinflussung im „freien Markt“ überlassen bliebe. Andersherum wird für das Fairtrade-Siegel argumentiert, dass es ein wichtiges Transparenzinstrument für die Konsument*innen sei. Was wäre eine wünschenswerte Situation, auf die wir uns einigen können? Wenn es ein Fairtrade-Siegel für österreichische Produkte gäbe, sollte ein Teil davon sein, dass es Rahmenbedingungen für die unabhängige Selbstorganisation schafft. In einem öffentlichen Diskurs über dieses Thema sollte die Selbstorganisation und gewerkschaftliche Organisierung im Mittelpunkt stehen.

Die Bäuerinnen, die Saisonarbeiter*innen ausbeuten und die Bäuer*innen, mit denen ich mich identifiziere und mit denen ich mich solidarisieren möchte, sind natürlich nicht die Gleichen.

Zu den Diskussionsabenden sind auch eher nicht die großen landwirtschaftlichen Lohnarbeitgeber*innen gekommen, sondern hauptsächlich die ganz Kleinen: Hier, im Südosten Österreichs sind die Höfe und das Land günstig und es gibt viele landwirtschaftliche Quereinsteiger*innen, die sehr unterschiedliche Ambitionen haben. Beim ersten Diskussionsabend, bei dem es um „Solawi und Selbstausbeutung“ ging, waren wir also eine bunte Gruppe aus ca. 30 jungen und alten Selbstversorger*innen und Betriebsgründer*innen, aber auch manche alteingesessene Hofübernehmer*innen. Teilweise wurde sehr persönlich berichtet: Zum Beispiel welche körperlichen Auswirkungen – bis hin zum Totalausfall – eine Arbeitsüberlastung gebracht hat.

Solidarisch überlastet?

Kann da das immer bekannter werdende Konzept „Solidarische Landwirtschaft“ (Solawi) nicht die Arbeitsüberlastung bremsen? Eine bestehende Gemüse-Solawi hat von ihrer aktuellen Situation berichtet und eine ehemalige Gemüse-Solawi hat erzählt, warum sie aufgehört haben. In beiden Fällen ist nicht zu überhören, dass Solawi eigentlich keine Erleichterung für die Produzent*innen war oder ist. Der Druck, regelmäßig frisches Gemüse zu liefern, auf das die Ernteteiler*innen bereits warten, hat die Arbeitsüberlastung eigentlich nur verstärkt. Ja, es ist toll, dass es fixe Abnehmer*innen gibt, aber das ist nur fix für eine Saison. Deswegen bemüht man sich, auch Ernteausfälle irgendwie abzupuffern, obwohl ja genau dafür eine „Solidarische Landwirtschaft“ gegründet wurde. Denn wenn zu viele unzufrieden

1 Sezonieri ist rumänisch und heißt Saisonarbeiter*in

sind und nicht dabeibleiben, muss im nächsten Jahr wieder viel Arbeit in „Werbung“ für neue Mitglieder gesteckt werden. Aber diese Marketingarbeit passt nicht zur Solawi-Idee, sich von den Zwängen des freien Marktes zu entfernen. In der Realität berichten aber viele davon, dass ihnen diese Marketingarbeit nicht erspart bleibt. Das ist vor allem von Solawis zu hören, deren Entstehung nicht von den Mitgliedern ausgegangen ist, sondern von den Produzent*innen. Aus meinem Engagement im Solawi-Netzwerk weiß ich, dass dann schnell von Solawis, die eher von der Konsument*innenseite initiiert wurden, geantwortet wird, dass statt Marketingarbeit eben eine interne Kommunikationsarbeit mit den Mitgliedern geleistet werden muss. So ähnlich war es auch bei unserem Diskussionsabend. Zwei sehr aktive Solawi-Mitglieder haben wieder Optimismus in die Diskussion über Solawi gebracht. Bei ihnen übernehmen die Mitglieder Verantwortung für die Gemeinschaft und kümmern sich zum Beispiel selbstständig um die Abholstellen.

Von einem Mitarbeiter bei einer Solawi wird außerdem betont, dass die Solawis ein guter Arbeitsplatz sind: Um eine vielfältige Versorgung zu ermöglichen, sind Solawi-Betriebe immer auch Vielfalts-Betriebe. Somit sei auch die Arbeit weniger eintönig und somit besser.

Stundenlohn ausrechnen für Kleinbäuer*innen?

Dass landwirtschaftliche Angestellte einen fixen Lohn bekommen ist eine Selbstverständlichkeit.

Aber wie ist das mit dem „Unternehmerlohn“ für die Bäuer*innen selber, vor allem für Kleinbäuer*innen?

Eine langjährige Bäuerin machte uns Quereinsteiger*innen klar: „Stundenlohn ausrechnen ist ein No-Go. Landwirtschaft ist die große Chance für die Einheit von Leben und Arbeit.“ In den Landwirtschaftsschulen lernen wir meistens etwas anderes. Ein landwirtschaftlicher Betrieb ist ein Business, wie jeder andere Betrieb auch. Für mich stellt sich da die Frage, ob wir gegen diese Meinungsmache nicht viel selbstbewusster auftreten sollten und laut sagen sollten: „Landwirtschaft passt nicht in das kapitalistische System!“ Als ich einen Gemüsebaulehrgang in einer konventionellen Landwirtschaftsschule absolviert habe, habe ich automatisch ein halbes Jahr Rhetoriktraining absolvieren dürfen: Ständiges Argumentieren für kleinstrukturierte Landwirtschaft. Im Nachhinein ist mir aufgefallen, dass ich die ganze Zeit von Businessideen geredet habe und auch das Solawi-Konzept nur als Business-Idee verkauft habe, weil ich irgendwie für Verständnis werben wollte.

Aber ist nicht genau das ein Problem der Arbeitsüberlastung? Dass wir die vielfältigen Zusammenhänge in der landwirtschaftlichen Arbeit in Business-Ideen quetschen wollen? Habe ich das getan, weil ich dann kurzzeitig doch um jeden Preis zu den florierenden Vollerwerbsbetrieben dazu gehören wollte? Wie meine Existenz als Kleinbäuerin ohne Businesszwänge aussieht? Da bin ich noch dabei, das auszuloten.

Eines ist aber klar: Anhand dieses Themas lässt sich gut erkennen, dass eben nicht „alle österreichischen Bauern zusammenhalten müssen“. Nein, ich finde die Kleinen können ruhig selbstbewusst mit dem Finger auf die Großen zeigen und sagen: „Das ist verwerflich! Wir leiden unter ähnlichen, schwierigen Rahmenbedingungen wie ihr Großen, aber unsere Antworten sind nicht teurere Investitionen und billigere Arbeitskräfte. Wir haben bessere Lösungsansätze.“

Anneke Engel ist quereinsteigende Gemüsebäuerin und lebt am Hofkollektiv Welten-Ende im Südburgenland

AB-GESICHERT? ABER SICHER! ODER DOCH NICHT?

Eine neue Arbeitsgruppe widmet sich dem Thema der sozialen und finanziellen Absicherung von Frauen in der Landwirtschaft.

VON MARIA VOGT UND GABI LANGER

Immer wieder, wenn es um die Gleichberechtigung der Frauen geht, wird (nicht nur von Männern!) gesagt: „Ach das ist doch eh schon alles verwirklicht, die Frauen sind doch eh nicht mehr benachteiligt.“ Und in der Landwirtschaft wird dann die den Mähdrescher lenkende Bäuerin und die größer (jetzt wieder kleiner) werdende Zahl an Betriebsführerinnen als Beispiel gebracht.

Alles bestens?

Aber wie sieht die sozialrechtliche Realität in der Landwirtschaft aus? Alles bestens, oder doch nicht?

Bei der Hofnachfolge werden immer noch meist die Männer/Söhne bevorzugt, bei einer Scheidung ist die Absicherung der (meist) weichenden Bäuerin sehr fragil und die Direktvermarktung ist zwar meist die Sache der Bäuerinnen und sozialversicherungspflichtig, wirkt sich aber auf die Höhe der Pensionen kaum aus.

Aber nicht nur die Frauen trifft das manchmal undurchsichtige Universum der Sozialversicherung. Auch wenn es um Kollektive in der Landwirtschaft oder um gemeinsames Wirtschaften von Geschwistern am Hof geht, sind die Auskünfte oft so unterschiedlich wie die angefragten Stellen bei der Sozialversicherung und den Bezirks- und Landeslandwirtschaftskammern, Rechtssicherheit gibt es nicht. Ausnahmen von „normalen“ Lebensumständen sind unbequem und somit zu vermeiden.

Viele Fragen

Bei einem Frauenseminar der ÖBV im Februar in Seitenstetten sind viele dieser Fragen aufgetaucht und daraus ist eine (noch) kleine Arbeitsgruppe entstanden. Wir möchten uns mit diesen und noch mehr Fragen auseinandersetzen und versuchen, etwas Klarheit in diesen Bereichen zu finden.

Die Arbeitsgruppe nennt sich „UP!Gesichert“, das Ziel ist die finanzielle und soziale Absicherung aller Frauen in der Landwirtschaft.

Um das zu erreichen, müssen wir mehr über die Probleme der Bäuerinnen wissen. Fallbeispiele und konkrete Fragen zu all diesen Bereichen helfen uns bei der Arbeit.

- Erfahrungsberichte und eventuelle individuelle Lösungen, Auskünfte von verschiedensten Behörden und Organisationen: Vor welchen Problemen, Hürden seid Ihr gestanden?
- Rechtsformen für Kollektive und unterschiedlichste Formen von Zusammenarbeit in der Landwirtschaft.
- Lösungen für die soziale Absicherung der geschiedenen Bäuerinnen (Auswirkung auf die Pension?)
- Pensionssplitting – was ist das? Hat das schon jemand bei der SVB beantragt?
- Wie ist das rechtlich mit den gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in der Landwirtschaft?
- Wie viele Bauern haben schon von ihrem Recht in Karenz zu gehen Gebrauch gemacht?
- Und „was kann einem Mann nicht passieren?“

Unsere Bitte: Lasst uns Eure Erfahrungen, Fragen und Problemstellungen zukommen. Schriftlich an: *upsichern-post@viacampesina.at*

Die Struktur dahinter verstehen

Diese Fragestellungen, Probleme und Fallbeispiele möchten wir verdichten, die Struktur dahinter verstehen und daraus Forderungen an die Politik ableiten. Wir wollen an Verbesserungen am jetzigen System arbeiten. Wie lange es auch dauern mag, wie schwierig es auch sein kann: Es wird Zeit, einen Schritt weiter zu gehen und an der sozialen und finanziellen Absicherung der Bäuerinnen zu arbeiten. – Vielleicht ein Beitrag zur Motivation von Frauen, sich doch für ein Leben als Bäuerin zu entscheiden.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen all diese Probleme lösen würde.

Gabi Langer, Erwachsenenbildnerin, Biobäuerin und Schafzüchterin seit über 30 Jahren im nördlichen Waldviertel

Maria Vogt, Biobäuerin im Weinviertel

WIE ARBEITEN EIGENTLICH BAKTERIEN?

In ihrem Buch über Käse in den USA hat Heather Paxson die Käserin Maria Trumpler interviewt. Die sagt: „Es sind die Bakterien, die die ganze Arbeit machen. Sie machen den Geschmack und die Konsistenz. Alles was wir machen müssen ist, ihnen nicht in die Quere kommen.“[1] Aber ist das wirklich so? Und was bedeutet das, wenn Bäuer*innen ihre Käsereikulturen als Armee winziger Industrierarbeiter*innen deuten?

VON MATTHÄUS REST

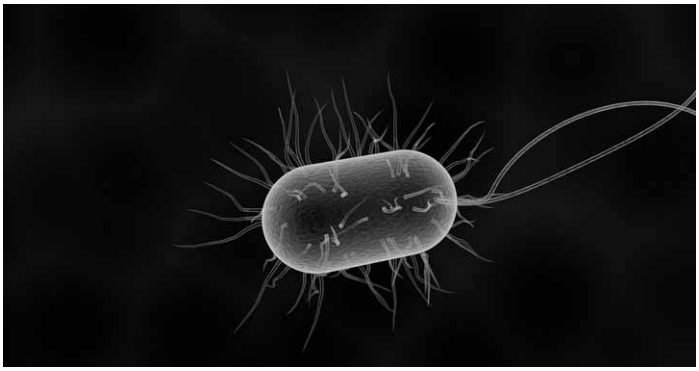


Foto: Pixabay, CCA

Fast verschämt sagt Anna: „Ich käse momentan nur mit Direktstarter. Wäre schon schön, eine eigene Kultur zu machen, aber das würde mich jeden Tag eine Stunde kosten. Und wenn ich es mir aussuchen kann, verbringe ich diese Stunde lieber mit meinen Kindern.“ Direktstarter sind gefriergetrocknete Käsekulturen, die ähnlich wie Trockenhefe funktionieren und minimalen Arbeitsaufwand bedeuten: Einfach in lauwarme Milch einrühren, eine halbe Stunde vorreifen lassen und schon kannst du damit käsen. Sie kommen von einer Handvoll global operierender Produzenten von Käsereikulturen, die seit Jahrzehnten die Milchindustrie beliefern. Das bedeutet, dass diese Kulturen vor allem berechenbar sind: Sie bestehen aus einer kleinen Anzahl von Stämmen, die oft genau an das gewünschte Endprodukt angepasst sind.

Fettsirte

Andreas macht seinen Käse anders. Auf seiner Alm nimmt er jeden Tag ein paar Liter Molke aus dem Käsekessel bevor er den Käse auszieht und stellt sie beiseite. Sobald der Käse auf der Presse liegt, wärmt er die Molke im heißen Wasserbad auf knapp über 60°C auf, um sie gleich danach im kalten Wasserbad auf etwa 42°C herunter zu kühlen. So stellt er die Molke dann mit heißem Wasser in seinen Brutkasten. Am nächsten Tag in der Früh ist aus der frischen Süßmolke saure Käsekultur geworden. Das Aufheizen zwischendurch soll unerwünschte Keime zurückdrängen, die bei jeder Rohmilchproduktion mit dabei sind. Außerdem bevorzugt diese Wärmebehandlung auch bei den gewünschten Milchsäurebakterien die wärmeliebenden. Weil Andreas Hartkäse macht, der hohe Temperaturen braucht, selektiert er diese so auch positiv aus. Als diese Form der Kulturherstellung im frühen 20. Jahrhundert in der Schweiz erfunden wurde, war sie eine revolutionäre Neuerung, die die Käsequalität um vieles stabiler machte. Trotzdem bleibt die sogenannte Fettsirtenkultur Handarbeit: Wie alle wissen, die schon mit Sauerteig gearbeitet haben, geht es auch bei der Molke manchmal schief. Davon kann auch Andreas viel erzählen. „In den ersten Almsommern war es immer das gleiche: Nach zehn Tagen ist mir immer die Kultur abgestürzt. Zuerst habe ich gedacht, das ist mein Fehler, aber dann habe ich in die Aufzeichnungen von meinen Vorgängern geschaut – genau das gleiche Problem.“ Mittlerweile hat er eine Methode gefunden, die funktioniert. Woran es liegt hat ihm bisher niemand erklären können, aber seine Vermutung, wonach es mit dem Fett im Futter zusammenhängt, die nach der ersten Almwoche rapide abnimmt, erscheint mir plausibel.

Coli- und Kuli-Bakterien

Eine Woche zuvor war ich zufällig in Katharinas und Theresas Alpsennerei zu Besuch. Sie waren den Tränen nahe: Es hatte ihnen den Käse gebläht. Wie oft in der Schweiz arbeiten sie auf dieser Alp mit Plastikzylindern als Formen, in die zwei Laibe übereinander passen. Darauf kommt ein 10-Kilo-Gewicht. Nun waren bei mehr als der Hälfte der Zylinder die Gewichte aus den Formen gehoben worden, weil sich der Käse auf die doppelte Höhe aufgebläht hatte. Sie lagen rund um die Formen verstreut in der Presswanne. Ich habe mir eine Schürze gesucht und angefangen, den Käse aus den Formen zu nehmen. Geblähter Käse fühlt sich an wie ein überdimensionierter Schwamm. Und als wir einen Laib aufgeschnitten haben, konnten wir uns auch davon überzeugen, dass er genau so ausschaut: Er war übersäht mit unzähligen kleinen runden Löchern. Ihre Melker*innen hatten am Vortag die Milch von der mit Antibiotika behandelten Kuh dazu gemolken. Auch verdünnt auf mehrere hundert Liter im Käsekessel reichen ein paar Liter Antibiotika-Milch, um die Milch-

1 Paxson 2013: 50, Übersetzung MR

säurebakterien umzubringen. Über Jahrtausende haben wir Menschen sie kultiviert und domestiziert und in all der Zeit haben sie viele ihrer Abwehrmechanismen abgelegt. Coli-Bakterien dagegen tut so ein bisschen Antibiotika nicht viel. Und sobald die Milchsäurebakterien aus dem Weg geräumt sind, feiern sie fröhliche Urständ. Die Senninnen waren doppelt genervt: Erst mussten sie eine Woche kämpfen, bis der Bauer die Kuh behandelt hat, die er trotz Panaritium-Infektion auf die Alp geschickt hat und dann auch noch das.

Elisabeth habe ich auch beim Käsen geholfen, aber am meisten hat mich überrascht, was danach passiert ist. Wir waren gerade fertig als der Diesel-LKW gekommen ist und sie ist schnell um die Ecke gebogen, um den Lieferschein zu unterschreiben. Als sie zurückkommt, fragt sie mich mit genervter Stimme: „Brauchst an Kuli?“ Als ich verwirrt nein sage, meint sie: „Sobald ich ihn angreife, nehmen sie ihn nicht mehr zurück. Ich habe schon einen ganzen Schuber voll. Bin ich giftig oder was?“ Wie die angeschissenen Einweg-Handschuhe, die jede*r Besamer*in an der Stalltür fallen lässt, denke ich mir. Kugelschreiber kann man wenigstens wieder verwenden.

Biosicherheit über alles?

Alex Blanchette hat darüber auch einiges zu erzählen. Seine Forschung über die Schweinefabriken im amerikanischen mittleren Westen zeigt eindrücklich auf, wie brutal sich die industrielle Landwirtschaft in die Menschen einschreibt, die in ihr arbeiten: In ihre Körper, Familien und sozialen Beziehungen. Cesar zum Beispiel antwortet auf die Frage, ob alle seine Familienmitglieder für denselben Fleischproduzenten arbeiten: „Wir haben keine Wahl wegen der ‚Biosicherheit'“[2]. Er erzählt, dass seine ganze Familie für eine Schweinefleischfabrik gearbeitet hatte, bis sein Vater das Angebot einer Vorarbeiterposition bei einem Konkurrenzunternehmen bekam. Als das Management der ersten Farm von diesem Angebot erfuhr, verlangten sie, dass Cesar und seine Geschwister bei ihrem Vater ausziehen. Andernfalls müssten sie sich woanders Arbeit suchen. „Die Manager von Dover Foods waren besorgt, dass mikroskopische Partikel von Schweinespeichel, -blut, -fäkalien, -samen oder Stallbakterien von einer anderen Firma, oder einem anderen Stadium in ihrem eigenen Fleischproduktionsprozess, in den Ohren, Fingernägeln oder Nasenlöchern von Arbeiter*innen überdauern könnten, trotz verpflichtender Duschvorschriften am Arbeitsplatz“[3].

Hier wird also der Mensch zum möglichen Übertragungsweg für tierische Krankheitserreger. Deshalb kontrolliert die amerikanische Schweinefleischindustrie ihre Arbeiter*innen so genau wie ihre Muttersauen. Und so kommt Blanchette auch zu dem überraschenden Schluss, dass industrielle Schweineproduktion die typische Spezies-Hierarchie umkehrt: Indem sie Menschen in „Schweine-Welten“ einsperrt, stehen die Schweine plötzlich über den Menschen, die sie beaufsichtigen. Zumindest für die Schweinefleischfabrikant*innen. Hier ist es wichtig, dass wir uns vergegenwärtigen, wer die Menschen sind, die in der industriellen Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten arbeiten: Meistens sind das Leute mit Wurzeln in Lateinamerika, oft mit prekärem Aufenthaltstitel im Land, also Menschen, die sich gegen ihre Einordnung in ein Regime von Biosicherheit nicht mit denselben Mitteln wehren können, wie etwa die weiße Mittelschicht. Das zeigt einmal mehr auch, wie unterschiedlich die Schweineindustrie-Arbeiterin von der Schwerindustrie-Arbeiterin ist.

Diese Probleme hat Andreas nicht auf seiner Alm. Er lässt die Molke nicht einmal sauer werden, bevor er sie seinen Schweinen gibt. „Am Anfang musst du schon aufpassen, dass sie nicht zu viel Durchfall bekommen. Aber das legt sich immer nach ein paar Tagen.“ Wie das geht, dass abgestillte Ferkel mit der ganzen Laktose in der Molke umgehen können, weiß er auch nicht genau. Ich bin mir ziemlich sicher, dass es an den Milchsäurebakterien liegt.

Matthäus Rest ist Bauer und Sozialwissenschafter

2 Blanchette 2015: 642, Übersetzung MR
3 Ebd.: 643, Übersetzung MR

SELBSTBESTIMMT ODER ABHÄNGIG: WIE WEITER IN DER ZÜCHTUNG?

Dass die Pflanzen, die auf unseren Äckern wachsen, mit bestimmten Eigenschaften ausgestattet sind und speziell dafür gezüchtet wurden, ist seit einiger Zeit wieder ein Thema, das auch Menschen erreicht, die sonst wenig mit Landwirtschaft zu tun haben.

VON EVA GELINSKY

Angesichts der vielfältigen Probleme, mit denen Bäuerinnen und Bauern konfrontiert sind – extreme Trockenheit oder Nässe, Grundwasserbelastung durch zu hohe Stickstoffeinträge, Pestizidrückstände und Insektensterben – wird diskutiert, welchen Beitrag die Pflanzenzüchtung zur Lösung dieser Probleme leisten könnte. Dabei zeigt sich, dass mindestens zwei sehr gegensätzliche Konzepte verfolgt werden. Das eine geht vom Status Quo aus und fordert, dass im Rahmen des herrschenden Systems – Züchtung ist vor allem privatwirtschaftlich organisiert und finanziert sich über Patente, also geistige Eigentumsrechte – alle technischen Möglichkeiten genutzt werden, um marktförmige Lösungen zu entwickeln. Das andere versteht Pflanzenzüchtung als gemeinnützige Aufgabe, die von möglichst vielen Akteur*innen an vielen Orten der Welt betrieben werden sollte. Neu entwickelte Sorten sollten, genauso wie genetische Ressourcen, frei verfügbar bleiben und nachbaufähig sein, die Finanzierung der Züchtung ist staatlich oder z. B. durch eine Beteiligung der ganzen Wertschöpfungskette zu organisieren. Wie frei und selbstbestimmt Bäuer*innen, aber auch Züchter*innen mit Pflanzen umgehen können – ist Nachbau möglich, können Sorten zur Weiterzucht verwendet werden, ohne vorher Lizenzen zahlen zu müssen –, hängt also davon ab, ob sie aus der privatwirtschaftlich oder gemeinnützig organisierten Züchtung stammen.

Wie ein Blick auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der neuen gentechnischen Verfahren zeigt, tragen diese dazu bei, die herrschende Organisationsform der Züchtung – privatwirtschaftlich, durch Patente geschützt – weiter zu festigen. Nach wie vor gilt es deshalb, alternative Ansätze, z. B. Biozüchtungsinitiativen wie Reinsaat oder bäuerliche Züchtungsinitiativen, zu unterstützen und für deren Freiräume zu kämpfen.

CRISPR für alle?

Mit den neuen gentechnischen Verfahren, so lautet das wiederholt vorgebrachte Credo, soll eine neue Ära in der Pflanzenzüchtung beginnen. Bäuer*innen werden krankheits- und schädlingsresistente Pflanzen versprochen, Konsument*innen nachhaltige Produkte, die mit weniger Pestizideinsatz entwickelt wurden und noch dazu besonders gesund sein sollen. Auch Lösungsansätze für große Probleme wie den Klimawandel sollen Verfahren wie CRISPR/Cas bereithalten. Nicht nur, weil die Methode einfach zu handhaben ist und schnell zu Resultaten führt, sondern auch, weil CRISPR von vielen – auch kleinen – Unternehmen verwendet werden soll. In diesem Zusammenhang wird jedoch übersehen oder bewusst unterschlagen, dass Verfahren wie CRISPR ebenso patentiert werden, wie die damit manipulierten Pflanzen. Einfach so mit CRISPR arbeiten funktioniert also nicht. Jedes Unternehmen, ob klein oder groß, das die Technologie nutzen will, muss zuerst mit dem bzw. den Patentinhaber*innen verhandeln und Lizenzen zahlen. Doch wie viele Patente gibt es im Bereich CRISPR/Cas?

In einem jüngst in der Zeitschrift Nature Biotechnology veröffentlichten Artikel, in dem die Ergebnisse einer umfangreichen Recherche präsentiert werden, geben die Autor*innen die Zahl von 2072 Patentfamilien an (diese umfasst sowohl erteilte, als auch angemeldete Patente in den Bereichen Technologie, Human-, Tier- und Pflanzenanwendungen). Eine beeindruckende Zahl, vor allem wenn man bedenkt, dass einzelne Patentfamilien mehrere Patente mit ähnlichen, aber nicht zwingend identischen Ansprüchen umfassen können.

Während in der öffentlichen Diskussion CRISPR noch immer als „demokratische“ Technologie angepriesen wird, die alle nutzen können, haben die Großen ihr Terrain längst abgesteckt. Zunächst haben die Erfinder*innen der CRISPR-Techno-

Was ist eine Patentfamilie?

Regelmäßig wird eine Erfindung in vielen Ländern der Welt zum Patent angemeldet. Dies führt meistens zu mehreren Patenten bzw. Patentanmeldungen. Häufig wird so vorgegangen, dass zunächst im Heimatland des Erfinders, der Erfinderin angemeldet wird („Erstanmeldung“) und nach einer gewissen Zeit in weiteren Ländern („Nachanmeldungen“). Eine Gruppe von Patentdokumenten, die sich auf die Unterlagen der Erstanmeldung beziehen, wird als Patentfamilie bezeichnet. Kleine Familien haben zwei oder drei „Mitglieder“. Es gibt aber auch große mit Dutzenden und teils sogar über hundert „Familienmitgliedern“. Selbst das Europäische Patentamt gibt zu bedenken, dass sich komplexe Strukturen ergeben können, wenn Patentanmeldungen in verschiedenen Ländern eingereicht werden. Denn dabei kann es vorkommen, dass jeweils unterschiedliche Patentansprüche akzeptiert oder abgelehnt werden. Dies führt zu Patenten mit unterschiedlichem Schutzbereich.

logie hunderte Patente angemeldet, die teilweise auch schon erteilt wurden. Dann stiegen Konzerne wie Bayer (Monsanto) und DowDuPont (Corteva) ein, um mit den Erfinder*innen teilweise exklusive Lizenzverträge abzuschließen. Besonders erfolgreich war DowDuPont. Dem Unternehmen ist es zusammen mit dem Broad Institute gelungen, 48 Grundlagenpatente verschiedener Institutionen in einem Patent-Pool zu vereinen.

Was ist ein Patent-Pool?

In einem Patent-Pool werden zentrale Patente verschiedener Erfinder zusammengefasst und von einer (oder mehreren) Institution(en) verwaltet. Unternehmen, die eine Technologie nutzen wollen, müssen damit nicht mehr mit verschiedenen Patentinhaber*innen, sondern nur noch mit dem Pool-Verwalter über Lizenzen verhandeln. Dies soll die Nutzung neuer Technologien (Innovationen) befördern und Kosten reduzieren, die sonst z. B. für das Monitoring einer komplizierten Patent“landschaft“ aufgewendet werden müssen. Patent-Pools können aber auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Es besteht z. B. die Gefahr, dass die im Pool vorhandenen Unternehmen die Preise regulieren und andere Unternehmen bewusst vom Beitritt ausschließen.

Es sei, so Neal Gutterson, Vizepräsident und Technologievorstand bei Corteva, von grundlegender Bedeutung, sicherzustellen, dass CRISPR/Cas-9 für die Landwirtschaft breit verfügbar ist. Mit dem Patent-Pool werde es möglich, dass CRISPR weltweit, zum Wohl der Allgemeinheit, eingesetzt werden könne.

Ist das so? Um CRISPR/Cas-9 in der Pflanzenzucht nutzen zu können, müssen Unternehmen praktisch zu allen im Pool versammelten Patenten Zugang haben. Damit aber erhält DowDuPont eine enorme Marktmacht. Das Unternehmen kann den Pool nutzen, um Wettbewerber zu kontrollieren und die eigene marktbeherrschende Stellung abzusichern. Auch wenn es in Zukunft für große Konzerne wie Bayer nach wie vor möglich sein wird, eigene, direkte Verträge abzuschließen, kommt dies für kleinere Züchtungshäuser wohl kaum in Frage. Allein die hohe Anzahl von relevanten Grundlagenpatenten zeigt, dass die mittelständischen Züchter*innen bereits in diesem frühen Stadium der Technologieentwicklung weitgehend abgehängt sind. Oder sie werden in neue Abhängigkeiten von übermächtigen Konkurrenten kommen. Für alle auf dem Markt tätigen Unternehmen – auch jene, die mit den neuen Verfahren gar nicht arbeiten wollen – verschärfen die aktuellen Entwicklungen eine ohnehin schon prekäre Situation, weil die Verfügungsmacht über und die Entwicklung von Saatgut überwiegend in der Hand von riesigen privaten Unternehmenskomplexen bleibt, die auch die Kontrolle über einen großen Teil der genetischen Vielfalt ausüben.

Eva Gelinsky, Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit

Die Hinweise zu Corteva sind aus: Then, C.: Neue Gentechnikverfahren und Pflanzenzucht. Patent-Kartell für große Konzerne. In: Forum Umwelt und Entwicklung, Rundbrief 2/2019, 10-11.

Martin-Laffon, J., Kuntz, M., Ricroch, A. E. (2019): Worldwide CRISPR patent landscape shows strong geographical biases. Nature Biotechnology, VOL 37 | JUNE 2019 | 601-621

KÖNNEN WIR BEIM EINKAUFEN DIE WELT VERÄNDERN?

Geht es nach Ökonom*innen oder Agrarpolitiker*innen kann jede*r von uns die Welt zu einem besseren Ort machen, wenn man im Supermarktregal zu den richtigen Produkten greift. Bio und regional sollen sie sein oder ein Fairtrade-Siegel tragen. Jene, die es sich leisten können, werden damit zu den Retter*innen des Planeten. Und die anderen … eben nicht. Wie kritischer Konsum dennoch wichtige Schritte setzen kann, um unsere Welt zu verändern? Ein Diskussionsbeitrag anhand von Beispielen.

VON JULIANNA FEHLINGER

Wieso soll ich jetzt alleine für die Rettung der Welt Verantwortung übernehmen, dafür mehr bezahlen und am Ende nicht mal sicher sein, ob das Geld bei den Bauern und Bäuerinnen ankommt? Mit diesen Fragen müssen sich Konsument*innen konfrontieren, die ihren Beitrag durch bewussten Einkauf leisten wollen und es satt haben, dass sich politisch nichts bewegt.

Auch Bauern und Bäuerinnen stecken in einer widersprüchlichen Situation. Trotz des Trends zu mehr Bio und regionalem Konsum sperren seit 1995 alleine in Österreich im Schnitt elf Betriebe pro Tag zu. Auch für einen Bio-Betrieb bleibt am Ende des Jahres oft zu wenig über, um ein entsprechendes Einkommen für die geleistete Arbeit zu erhalten, die kleinen Betriebe sind vom Druck des „Wachsens-oder-Weichens“ besonders betroffen. Hinzu kommt das mulmige Gefühl, dass bald die nächste Auflage kommt, die man am Betrieb nicht mehr erfüllen kann. Oder man wird aus anderen Gründen ausgetauscht, wenn zum Beispiel einfach zu viel Milch am Markt ist, oder die Supermarktketten ihr eigenes Gemüse herstellen lassen. Gestaltungsspielraum für Produkte und Preise zu erlangen, ist in der Landwirtschaft kaum möglich.

Lösungen finden wir nur gemeinsam

Dass wir diese Probleme nicht individuell lösen können, erscheint völlig klar und einleuchtend. Dennoch wird die individuelle Entscheidung anders einzukaufen immer noch als zentrale Lösungsstrategie für beinah jedes Problem in der Landwirtschaft verkauft – vom Klimaschutz bis zum Höfesterben: Konsument*innen sollen entscheiden. Aktuell soll nun auch in der Gastronomie eine Herkunftskennzeichnung eingeführt werden – eine sinnvolle Initiative, die jedoch nichts daran ändert, dass die Verantwortung für die Rettung der Welt auf das Geldbörsel jedes einzelnen Menschen abgeschoben wird.

Zusammenarbeit zwischen Berg und Stadt

Bereits mit dem Beginn der Bio-Bewegung haben Produzent*innen erkannt, dass die Kooperation mit den Konsument*innen der Schlüssel zum Erfolg ist, wie auch die Zusammenarbeit mit Berufskolleg*innen. Ein leuchtendes Beispiel dafür ist die BERSTA, die bis heute eine wichtige Händlerin von bäuerlichen Produkten aus dem Waldviertel ist. Bergbauern und -bäuerinnen und Handwerker*innen aus dem Waldviertel reichten kritischen Konsument*innen aus Wien die Hand und gründeten bereits 1979, mit Unterstützung der ÖBV, ein Netzwerk zwischen Berg und Stadt (BERSTA). Durch die Ausschaltung des Zwischenhandels sollten den Erzeuger*innen ein gerechtes Einkommen und den Konsument*innen qualitativ hochwertige Produkte zu erschwinglichen Preisen zugänglich gemacht werden. Es gelang nur teilweise, die hoch gesteckten Ziele zu verwirklichen. Durch die Durchsetzung von Bio in den Supermarktketten und die einfache Verfügbarkeit für die Konsument*innen, gerieten diese Kooperationen ins Hintertreffen. Auch die BERSTA wurde zu einem Zusammenschluss von Produzent*innen umgebaut, die dadurch ein stabiles System der Vermarktung etablieren konnten. Die Kooperation mit den Konsument*innen hat sich im Rahmen der Food Coops weiterentwickelt.

Konsum abseits der Supermarktketten: Food Coops und Solidarische Landwirtschaft

Kritische Konsument*innen organisieren sich seit mehr als zehn Jahren in Einkaufsgemeinschaften (Food Coops). Über ein Online-Bestellsystem kann direkt bei Produzent*innen bestellt werden, die Produkte werden anschließend in ein gemeinsames Lager der Food Coop geliefert und von den Mitgliedern selbstorganisiert den Besteller*innen zugeordnet. Dadurch haben die Produzent*innen eine garantierte Abnahme und eine gebündelte Bestellung. Food Coops verlangen jedoch ein hohes Engagement der Einkäufer*innen und fördern auch eine aktive Auseinandersetzung mit der Situation der landwirtschaftlichen Betriebe. Ein noch engeres System des Austausches zwischen den Höfen und ihren Abnehmer*innen konnten die Projekte solidarischer Landwirtschaft in den letzten Jahren etablieren. Hier werden die Konsument*innen in die Planung am Hof mit eingebunden und beteiligen sich am finanziellen Risiko des jeweiligen Betriebs.

Solidarische Ökonomie – Versuchslabor der Zukunft oder Werkzeug für soziale Transformation?

Gerade die Diskussion um die Vorherrschaft von Bio-Eigenmarken der drei großen Supermarktketten („Ja! Natürlich“, „Zurück zum Ursprung“ und „Natur Pur“) zeigt überdeutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf! Denn Höfe werden austauschbar und die Abhängigkeit von bäuerlichen Betrieben und Verarbeiter*innen, in einem der drei Großen gelistet zu werden, wächst.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders fruchtbar, die Erfahrungen aus Erzeuger-Verbraucher-Initiativen und Food Coops neu zu lesen. Sie sind Versuchslabore für eine solidarische Zukunft, da sie heute schon ermöglichen, neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auszuprobieren. Gleichzeitig besteht ihr besonderer Wert aber auch in der Arbeit, die in den sozialen Bewegungen eingebracht wird. Für viele Konsument*innen sind Food Coops zum Beispiel Orte, an denen sie beginnen, sich mit den Strukturen der Landwirtschaft zu befassen, an denen sie Gleichgesinnte treffen, mit denen sie sich austauschen können und mit denen sie gemeinsam in der Bewegung für Ernährungssouveränität aktiv werden.

In Brasilien gibt es eine lange Tradition der Solidarischen Ökonomie. Diese wird anhand folgender Merkmale beschrieben: Sie leisten einen Beitrag zum Lebensunterhalt, strukturieren sich durch Selbstverwaltung und Kooperation, sowie durch solidarische Beziehungen zur Gesellschaft.

Durch die Selbstverwaltung werden die Produktionsmittel im kollektiven Eigentum verwaltet, Kooperation verweist auf egalitäre Strukturen der Entscheidungsfindung und solidarische Beziehungen zur Gesellschaft können sich durch das Mitwirken in übergeordneten Verbänden oder Bewegungen auszeichnen. Wollen die bestehenden Projekte ein Hebel sein, um die Welt zu verändern, werden sie sich auch an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beteiligen müssen.

Partizipation und Kooperation im Supermarkt

Die Welt des Einkaufens durch kooperative und partizipative Supermärkte zu verändern, ist in Österreich noch weitgehend unbekannt: Projekte in anderen Ländern zeigen aber, dass es hier viele neue soziale und ökonomische Lösungsansätze gibt. Das Modell ist in den USA entstanden, in den letzten Jahren wurden auch in einigen Städten in Europa solche Supermärkte eröffnet. So beispielsweise die Kooperative „La Louve“ in Paris. Das Ziel für diese Art der kooperativen und partizipativen

Projekte ist es, gutes Essen für alle zur Verfügung zu stellen. Diese Projekte zeigen, wie „alle“ ernst gemeint werden kann. Ihre Struktur ist darauf ausgelegt, kein Club von „guten Einkäufer*innen“ zu sein, sondern möglichst vielen Menschen eines Stadtviertels zu ermöglichen, mehr regionale, gesunde und biologische Produkte einzukaufen. Für sie ist wichtig, dass jeder und jede willkommen ist und der Einkaufskorb von allen ein Stück in Richtung Nachhaltigkeit verschoben werden kann. Ihr Modell ist eine Antwort auf die Beobachtung, dass vorwiegend gut situierte Konsument*innen in Läden einkaufen, die nur biologische und regionale Produkte anbieten und damit auch höhere Preise haben. Ihr Modell baut aber auch auf der Erfahrung vieler Food Coops auf, dass von den Mitgliedern ein hohes Engagement und viel Zeit vorausgesetzt wird und Food Coops damit nur für eine ausgewählte Gruppe zugänglich sind.

Wie genau funktioniert ein kooperativer und partizipativer Supermarkt?

La Louve, der partizipative und kooperative Supermarkt in Paris, bietet seinen Mitgliedern ein breites Sortiment, ähnlich wie in einem herkömmlichen Supermarkt. Alle Waren des täglichen Bedarfs sind ohne Vorbestellung erhältlich und können aus den Regalen genommen werden. Voraussetzung für den Einkauf ist nur eine Mitgliedschaft, die sich nach der Höhe des Einkommens richtet und sich zwischen 10 und 200 Euro bewegt. Jedes Mitglied muss drei Stunden pro Monat im Laden mitarbeiten und kann sich auch nicht durch einen höheren Beitrag davon „freikaufen“. Die Arbeitseinsätze sind in fixen Teams organisiert, wodurch jedes Mitglied seine Fähigkeiten optimal einbringen kann und sich gleichzeitig mit anderen Mitgliedern austauschen kann. Bei La Louve organisieren nur acht Hauptangestellte Mitarbeiter*innen einen Supermarkt für über 5.000 Mitglieder. Die große Schwester von La Louve, Park Slope in New York ist bereits auf 17.000 Mitglieder angewachsen.

Die angebotenen Produkte reichen von konventionell bis biologisch, von Übersee bis regional und werden nach den Kriterien Bio, Regionalität, Gesundheit, Fair Trade, Geschmack, aber eben auch dem Preis ausgewählt. Durch die niedrigen Ausgaben für Löhne gelingt es, dass zum Beispiel biologisches Gemüse günstiger angeboten werden kann, als konventionelle Ware im Supermarkt nebenan. Damit steigt die Motivation für jene, die aufs Geld schauen müssen: Sie können ohne moralischen Zeigefinger ihre Konsummuster verändern. Für La Louve steht die Zusammenarbeit und Teilhabe an erster Stelle. Als Standort haben sie daher ein Stadtviertel gewählt, in dem bürgerliche, wie proletarische Menschen leben. Das Modell ist keine Lösung für alle Probleme in der Landwirtschaft, ist jedoch ein wichtiger Puzzlestein in der Landkarte der Versuchslabore für ein Wirtschaften der Zukunft.

Dorfgenossenschaft – Um's Egg

Ein weiteres innovatives Konzept für Selbstorganisation beim Einkauf hat eine Gruppe in Losenstein in Oberösterreich entwickelt. „Um's Egg“ funktioniert wie eine gemeinsame Speisekammer. Es ist ein Geschäft, in dem Kund*innen, Bauern und Bäuerinnen und andere Lieferant*innen sich als Genossenschaft zusammenschließen und vorwiegend biologische und regionale Lebensmittel erhältlich sind. Um's Egg bietet ein Vollsortiment und nur jene Produkte, die nicht in der Region verfügbar sind, werden zugekauft. Zu den Geschäftsöffnungszeiten kann jede*r einkaufen – außerhalb dieser haben Mitglieder dennoch die Möglichkeit einzukaufen und selbständig zu bezahlen. Das System funktioniert auf Vertrauen, denn jede*r der/die etwas mitnimmt ohne zu bezahlen, bestiehlt sich selbst als Mitglied.

Julianna Fehlinger, Geschäftsleiterin der ÖBV und aktiv in der IG-Food Coops

Info: Vom 1.-3. November findet in der Tabakfabrik Linz die Tagung „Gutes Essen für alle – aber wie?“ statt. Der Schwerpunkt der Tagung liegt auf regionalen Lebensmittelnetzwerken, wie sie in diesem Artikel beschrieben wurden. Eingeladen sind Vertreter*innen von La Louve, Um's Egg, IG Food Coops, Chee. Alle Infos unter: http://www.xn--ernhrungssouvernitt-iwbmd.at/Veranstaltung/programm-linz/

RECHTES GEDANKENGUT UND LANDWIRTSCHAFT

Andreas Peham hat im Frühjahr einen Vortrag bei der ÖBV-Veranstaltung „Rechtes Gedankengut und Landwirtschaft“ gehalten. Im Interview erklärt er einige Grundgedanken daraus.

INTERVIEW VON FRANZISKUS FORSTER MIT ANDREAS PEHAM

Foto: Johann Weingartner

Franziskus Forster: *Wenn wir jetzt von rechtem Gedankengut sprechen, welches „rechts“ ist da hier gemeint? Reden wir da von Neonazis, von Rechtsextremismus, von Rechtspopulismus? Das rechte Spektrum variiert ja auch ziemlich.*

Andreas Peham: Gute Frage, die auch auffordert zur Differenzierung. Ich halte diese Differenzierung für sehr wichtig, sie geht oft nur in knackigen Titeln und Überschriften verloren. Zunächst einmal müssen wir zwischen rechts und konservativ unterscheiden. Bei allen Übergängen von konservativem zu rechtem und hier vor allen Dingen – und darum geht's – extrem rechtem Gedankengut: Wir versuchen entsprechend unseres Auftrages die extreme Rechte im Blick zu haben, die wir aber als Übertreiberin des Konservativismus verstehen. Das lässt sich ganz gut im Frauen- bzw. Geschlechterbild zeigen: Es ist in seiner rechtsextremen Variante nichts anderes als das radikalisierte Bild der Konservativen. „In extremo“ heißt „auf das Äußerste“ und der Rechtsextremismus ist die auf die Spitze getriebene oder wildgewordene Normalität. Das Verbotsgesetz teilt die extreme Rechte in einen legalen und einen illegalen Teil. Der illegale, gewalttätige Teil ist der Neonazismus, der legale und der vordergründig der Gewalt abschwörende Teil ist der Rechtsextremismus. Und als dessen mildere, gemäßigtere Form erscheint der Rechtspopulismus, der in Österreich aber kaum ausgebildet ist. Wir sehen in Europa: Dort, wo der Rechtspopulismus stark ausgeprägt ist, ist der Rechtsextremismus eher schwach – und umgekehrt.

Was macht den Kern der Rechtsextremismus-Definition aus?

Im Zentrum dieser Ideologie steht, gottähnlich und durchaus auch Gott und Religion als letzte unhinterfragbare Instanz beerbend, die Natur. Die Natur, die alles vorgibt, die – und das ist sozusagen der Gründungssatz der extremen Rechten – auch bestimmt, dass die Menschen ungleich sind. Also: „links“, „liberal“, Demokratie basiert auf Gleichheit, also: „Alle Menschen sind gleich“. Jedes rechte Gedankengut – wenn das nicht vorkommt, dann kann man nicht von rechtem Gedankengut sprechen – behauptet: „Die Menschen sind von Natur aus ungleich.“ Und auch wenn es abgestritten wird: Es geht hier natürlich um Rechte und Würde. Es geht nicht um Gleichförmigkeit, um Uniformiertheit und damit um den Verlust von Freiheit, wie dies immer von rechts unterstellt wird. Es geht um politische Gleichheit, möglichst viel soziale Gleichheit und Gleichheit an Rechten, an Würde. Und genau dieser Gründungssatz der Demokratie wird von der extremen Rechten in all ihren Schattierungen abgelehnt.

Ist nicht gerade dieser Bezug auf Natur dann auch eine Brücke von rechts in die Landwirtschaft?

Ja, eine der Brücken, wobei es sich im Falle der Rechten um einen Mythos handelt, der sehr wenig mit der Realität zu tun hat. Genauso wird auch das bäuerliche Leben verklärt. Solche Mythologisierung kann auf Seiten derer, die tagtäglich den Launen der Natur ausgeliefert sind, auf fruchtbaren Boden fallen. Die Lobpreisungen des Bau-

ernstandes stehen daneben in der langen Traditionslinie des antimodernen Kulturpessimismus. Dieser ist durchzogen von Klischeebildern wie jenem vom, fest mit seiner Scholle verwurzelten Bauern, der im ländlichen Idyll über einer (möglichst großen) Familie thront. Für die extreme Rechte hat der Rückgriff auf die Natur ansonsten vor allem legitimatorische Funktion. Wenn man tatsächliche oder vermeintliche Naturgesetzlichkeiten auf die Gesellschaft, auf die Politik überträgt, dann nennen wir das Biologismus. Oder gehen wir noch einen Schritt zurück: Man hat eine Ordnungsvorstellung, eine Vorstellung, wie Macht, Gesellschaft usw. strukturiert oder organisiert ist und sucht dann in der Natur etwas, was dieser Ordnungsvorstellung entspricht. Sehr beliebt sind Ameisen, an deren Staat man die angeblich natürliche Ordnung zeigt. Oder das Brutverhalten der Blaumeisen, das eine „Natürlichkeit“ der „Fremdenabwehr“ nahelege und anderes. Und das nimmt man dann her um zu sagen: „So wie die Natur funktioniert, wie die Tierwelt funktioniert, muss auch der Mensch funktionieren!“ Alles andere sei „artfremd“, „widernatürlich“. Und da sage ich in der Arbeit mit Jugendlichen immer wieder – um das zusammenzufassen – passt auf, wenn euch außerhalb der Biologie, außerhalb der Ökologie im engeren Sinne, jemand mit der Natur kommt – der oder die führt zumeist nichts Gutes im Schilde!

Andreas Peham arbeitet beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, www.doew.at

Nähere Informationen unter:
https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus

ÖBV-*Info I*

Außerfamiliäre Hofnachfolge: Lebenswerke übergeben – Lebenswerke neu beginnen

Mo, 28. Okt 2019, 18:00 – 21:00
Lw. Biofachschule Schlägl, Schaubergstraße 2, 4160 Schlägl (OÖ)
Eine Hofnachfolge innerhalb der Familie ist nicht immer möglich. Immer öfter werden landwirtschaftliche Betriebe ohne Nachfolge an Menschen außerhalb der Familie übergeben.
Die Plattform www.perspektive-landwirtschaft.at steht allen Personen zur Seite, die über eine außerfamiliäre Hofnachfolge nachdenken. Am Info-Abend werden die Möglichkeiten vorgestellt, die die Plattform bietet und eine Einführung ins Thema außerfamiliäre Hofnachfolge im Hinblick auf soziale Aspekte des zusammen Lebens und Arbeitens für ein erfolgreiches und lebbares Miteinander aller Beteiligten geboten.
Mit Dr. Franz Staudinger und MSc. Margit Fischer.
TN-Beitrag: 10/20 Euro

Forum Hofnachfolge

Außerfamiliäre Hofübergabe als Perspektive für Betriebe ohne Nachfolge und für Existenzgründer*innen
Fr, 10. Jän 2020, 14:00 – Sa, 11. Jän 2020, 16:00
Seminarhaus St. Klara, Salzburgerstraße 20, 4840 Vöcklabruck (OÖ)
Wie geht es mit dem Hof weiter, wenn die Nachfolge fehlt? Knapp ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich hat keine gesicherte Hofnachfolge, dennoch besteht häufig der Wunsch, dass das Lebenswerk weitergeführt oder der Hof gemeinsam bewirtschaftet wird. Auf der anderen Seite sind viele junge Menschen motiviert, einen Betrieb zu übernehmen und in die Landwirtschaft einzusteigen, egal ob weichende Erb*innen oder gut ausgebildete Neueinsteiger*innen. Wie finden Hofübergebende und Hofsuchende zusammen? Seit Herbst 2017 wurde dazu die Plattform www.perspektive-landwirtschaft.at eingerichtet, die neben der Vermittlungs- auch grundlegende Öffentlichkeitsarbeit zum Thema außerfamiliäre Hofübergabe leistet. Mit dem Forum Hofnachfolge soll es die Möglichkeit geben, dass sich Übergebende und Suchende kennenlernen, sich austauschen und einige Aspekte gemeinsam vertiefen.
Folgende Programmpunkte erwarten Sie an den Kurstagen:

- Gut übergeben – gut zusammenleben, die menschliche Seite der Hofübergabe
- Rechtliche Aspekte der außerfamiliären Hofübergabe
- Innovationen in der Landwirtschaft – Wege, Möglichkeiten, Betriebszweige
- Hofübergabe-Geschichten
- analoge Hofbörse

mit Susanne Fischer,
Dr. Franz Staudinger und
MSc. Margit Fischer
TN-Beitrag: 55/110 Euro, Anmeldung über LFI OÖ

Fortsetzung ÖBV-Info II siehe S 28

Anmeldung für beide Veranstaltungen über LFI OÖ
Kontakt: Margit Fischer, info@perspektive-landwirtschaft.at 0699 19138116
Veranstaltet von Perspektive Landwirtschaft und LFI OÖ.

CROSSROADS
Festival für Dokumentarfilm und Diskurs
24. Okt - 03. Nov 2019 // FORUM STADTPARK / Graz

NEUE WEGE INS FELD

Eine Zusammenfassung der Diskussionsveranstaltung von UNDOK und sezonieri zur Kampagnenarbeit deutscher und österreichischer Gewerkschaften in der migrantischen Erntearbeit.

VON HEIDRUN AIGNER

Foto: www.sezonieri.at

„Der Mindestlohn wird am Feld nicht eingehalten, wir sehen Lohnbetrug durch nicht bezahlte Stunden, unzulässige Überstunden, und es wird zu viel Geld abgezogen für Unterkunft und Verpflegung“, skizzieren Katharina Varelmann vom PECO-Institut für nachhaltige Entwicklung in Berlin und Sarah Kuschel von der Industriegewerkschaft IG BAU in Frankfurt die Arbeitsbedingungen von Erntearbeiter*innen in Deutschland. Kuschel und Varelmann sind Teil einer Kampagne, die darauf abzielt, im Rahmen von Feldaktionen die Isolation der Erntearbeiter*innen aufzubrechen, Unterstützungsstrukturen anzubieten und Wissen zu vermitteln.

Auch in Österreich ist das Format Feldaktion nicht neu: Schon seit einigen Jahren fahren Aktivist*innen zusammen mit Gewerkschafter*innen auf Felder, um die vorwiegend migrantischen Arbeiter*innen über ihre Rechte zu informieren und sie bei deren Durchsetzung und bei Organisationsprozessen zu unterstützen. Die sezonieri-Kampagne für die Rechte von Erntearbeiter*innen, eine Kooperation von Aktivist*innen, NGOs wie UNDOK und der Produktionsgewerkschaft PRO-GE, bewegt sich damit in gewerkschaftlichem Neuland. In Deutschland ist es gelungen, Akteur*innen und Aktivitäten zu einer Kampagne und Aktionswoche zu bündeln. Katharina Varelmann und Sarah Kuschel haben mit sezonieri-Aktivistin Cordula Fötsch die Erfahrungen aus ihren Kampagnen diskutiert. Käthe Knittler vom UNDOK-Verband hat die Veranstaltung moderiert.

Ausbeutung der Erntearbeiter*innen

Kuschel und Varelmann erzählen weiter über die Ausbeutung von Erntearbeiter*innen, um klarzumachen, warum es Kampagnen wie die Aktionswoche oder sezonieri braucht: Chefs*Chefinnen verstoßen gegen arbeitsrechtliche und kollektivvertragliche Regelungen, indem sie etwa Geld für Arbeitsmittel verlangen oder keine Schutzausrüstung zur Verfügung stellen. Mitunter üben sie auch körperliche Gewalt aus oder behalten Reisepässe ein, wodurch auch strafrechtlich relevante Fragen wie die des Menschenhandels aufgeworfen werden.

Erntearbeiter*innen berichten von schlechtem Essen und katastrophalen Bedingungen in den oft isoliert gelegenen Unterkünften. Sezonieri-Aktivistin Cordula Fötsch ergänzt, dass die Arbeiter*innen manchmal gar nicht wissen, bei wem sie angestellt oder ob sie überhaupt angemeldet und versichert sind. Auch in der Landwirtschaft ist un- bzw. unterdokumentierte Arbeit mithin ein großes Thema. Zudem zeigt Fötsch auf, dass Ausbeutung in der Erdbeerernte ganz andere Formen annehmen kann als am Spargelfeld. Auch für Erntearbeit in Österreich gilt jedenfalls, dass Arbeiter*innen oft weit unter dem (ohnedies mickrigen) Mindestlohn bezahlt werden.

Breites Bündnis, sichtbare Aktionswoche, Feldaktionen im Zentrum

Mit der Kampagne „Bundesweite Aktionswochen Saisonarbeit in der Landwirtschaft“[1] ist 2018 in Deutschland erstmals in bundesweit koordinierter Form ein breites und sehr sichtbares Bündnis auf die Felder gegangen. Im Bündnis vertreten sind Gewerkschaften und gewerkschaftlich angebundene Beratungsstellen, selbstorganisierte Initiativen wie die Emanzipatorische Landarbeiter*innen-Initiative ELAI oder die Interbrigadas, kirchliche Initiativen und Aktivist*innen.

1 Bundesweite Aktionswochen Saisonarbeit in der Landwirtschaft. Bericht 2018: https://www.peco-ev.de/docs/2018_Bundesweite_Aktionswochen_Saisonarbeit_Landwirtschaft.pdf

Foto: www.undok.at

Im Rahmen der Aktionswoche gehen die Aktivist*innen aufs Feld, um mit Erntearbeiter*innen zu reden. Auch sezonieri-Aktivistin Cordula Fötsch unterstreicht die Bedeutung der Feldaktionen: „Die Feldaktionen sind zentral, weil die Leute werden nicht zu uns kommen.“ Information spielt eine Schlüsselrolle, wenn es um Arbeitskämpfe geht. Hin und wieder kommt es zwar vor, dass die Chefs*Chefinnen die Aktivist*innen auf den Hof lassen, aber vermehrt versperren Securitys den Zugang. Oft sind in der Nähe von Unterkünften Gespräche eher möglich als unmittelbar am Feld.

„Für uns ist klar, dass die Aktionswoche erfolgreich ist“, resümiert Katharina Varelmann. „Gleich danach haben sich in den Beratungsstellen rund 250 Kolleg*innen gemeldet – in einem Zeitraum, in dem wir üblicherweise eher 20 bis 30 Anfragen bekommen.“ Sarah Kuschel wertet die Aktionswoche ebenfalls als Erfolg: „Wir haben von vielen Fällen erfahren, in denen Arbeiter*innen Lohn eingefordert haben, in denen sich Arbeiter*innen organisiert haben, und wir haben von selbstorganisierten Arbeitsniederlegungen gehört.“

Außerdem: „Wir haben es geschafft, innerhalb der Institutionen erfolgreich Lobbyarbeit zu machen – Gewerkschaften anerkennen, dass das Thema und die Zielgruppen wichtig sind.“ Anfänglich wären die Reaktionen eher zurückhaltend gewesen, begründet mit der fehlenden Organisierung der Arbeiter*innen und der Einschätzung, dass sich diese wohl auch nicht organisieren lassen würden. Trotzdem war das Thema innerhalb der Gewerkschaft nicht neu. Die Gewerkschaft hat sich nicht nur solidarisch erklärt. Vielmehr hat sie auch selbst Interesse daran, sich einzubringen, denn was Erntearbeiter*innen verdienen, beeinflusst das Lohnniveau auch in anderen Branchen, sagt Sarah Kuschel.

Längerfristige Beziehungen statt punktuelle Beratung

Die Kampagne geht weiter, so viel ist klar. Was es braucht, ist ein länderübergreifender Austausch mit anderen Unterstützungsstrukturen. Wesentlich ist auch eine bessere Finanzierung für die Beratungsstellen. Die Beratung ist überhaupt ein zentraler Punkt in der Kampagne: Berater*innen brauchen die Fähigkeiten und Möglichkeiten, Erntearbeiter*innen nicht nur punktuell und in rechtlichen Fragen zu beraten, sondern auf längerfristige Beziehungen hinzuarbeiten und auch Organisierung zu unterstützen. „Ein Ziel ist, dass wir längerfristigen Kontakt aufbauen, sodass die Leute sich im nächsten Jahr schon vor Saisonbeginn melden und ihre Verträge checken lassen, und dass wir gemeinsam mit ihnen Veranstaltungen organisieren“, sagt Sarah Kuschel.

Eine Herausforderung ist es laut Kuschel und Varelmann mitunter, die ganzjährig beschäftigten oder jede Saison im Betrieb tätigen Arbeiter*innen zu erreichen. Für sie ist es besonders schwierig, sich zu wehren, weil sie im Betrieb weiterarbeiten oder im nächsten Jahr wiederkommen wollen. Und gerade in kleinen Betrieben ist unter den ganzjährig Beschäftigten die „Solidarität mit den Arbeitgeber*innen“ oft sehr groß, so Katharina Varelmann.

Organisieren gegen die Auswirkungen europäischer Agrarpolitiken

Um die Notwendigkeit von Organisierung geht es auch in der Diskussion mit den Teilnehmer*innen der Veranstaltung: Dass einzelne Arbeiter*innen in einem Betrieb klagen und Recht bekommen, ändert häufig nicht die Praxis dieses Betriebs oder anderer Betriebe, unter dem Mindestlohn zu zahlen. Einzelklagen haben also viel weniger Potenzial als (gewerkschaftliche) Organisierung, Verhältnisse zu verändern. Das Bündnis hat gerade erst damit begonnen, Erfahrungen mit Organisierung zu sammeln. Kuschel und Varelmann sehen, dass die Arbeitgeber*innen auf die Aktionswoche reagieren: „Sie rüsten auf. Argumentativ, mit Securitys, doppelten Zäunen, Angst-Machen und Schlechtreden der Gewerkschaften.“ Dabei gehe es gar nicht primär darum, einzelne Arbeitgeber*innen an den Pranger zu stellen, betont Fötsch, sondern um das gesamte Agrarsystem. Fötsch, Kuschel und Varelmann sind sich einig: Strategien der gewerkschaftlichen Organisierung müssen auf dem Verständnis basieren, dass die Strukturen der Ausbeutung, die auf den Feldern passiert, Auswirkung derselben europäischen Agrarpolitiken sind, egal ob in Almeria, Südkalabrien, im Burgenland oder in Niedersachsen.

Heidrun Aigner, arbeitet bei UNDOK, Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender www.undok.at

GRÜNER BERICHT 2019: EINKOMMENSRÜCKGANG

Die Analyse des Grünen Berichts 2019 mit den Einkommensdaten für das Jahr 2018 zeigt im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von durchschnittlich 10% je Betrieb in der Land- und Forstwirtschaft. Nach Betriebsformen und Größenklassen ist das Ergebnis allerdings unterschiedlich.

VON GERHARD HOVORKA

Nach einem Einkommensanstieg in den vorherigen zwei Jahren war 2018 ein Jahr mit negativer Einkommensentwicklung. Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sank im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich um 10% auf 28.035 Euro je Betrieb (davon waren 8.626 Euro Sozialversicherung zu zahlen). Je betrieblicher Arbeitskraft nahm das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft um 9% auf 21.176 Euro ab. Der Einkommensrückgang kam vor allem durch niedrigere Erträge bedingt durch gesunkene Preise für Schweine und Kuhmilch, geringere Erntemengen bei Kartoffeln und Zuckerrüben sowie durch höhere Aufwendungen in der Tierhaltung (Futtermittel) zustande. Weiters wirkten sich die Zunahmen der Abschreibungen und höherer Energie- und Personalaufwand negativ aus. Positiv wirkten höhere Erzeugerpreise bei Getreide und die höheren Erntemengen und Preise beim Obstbau. Der Gesamtertrag blieb im Vergleich zum Vorjahr gleich, die Aufwendungen stiegen um 4%. Das Erwerbseinkommen je Unternehmer*innenhaushalt betrug im Durchschnitt aller Betriebe 35.450 Euro (minus 6%).

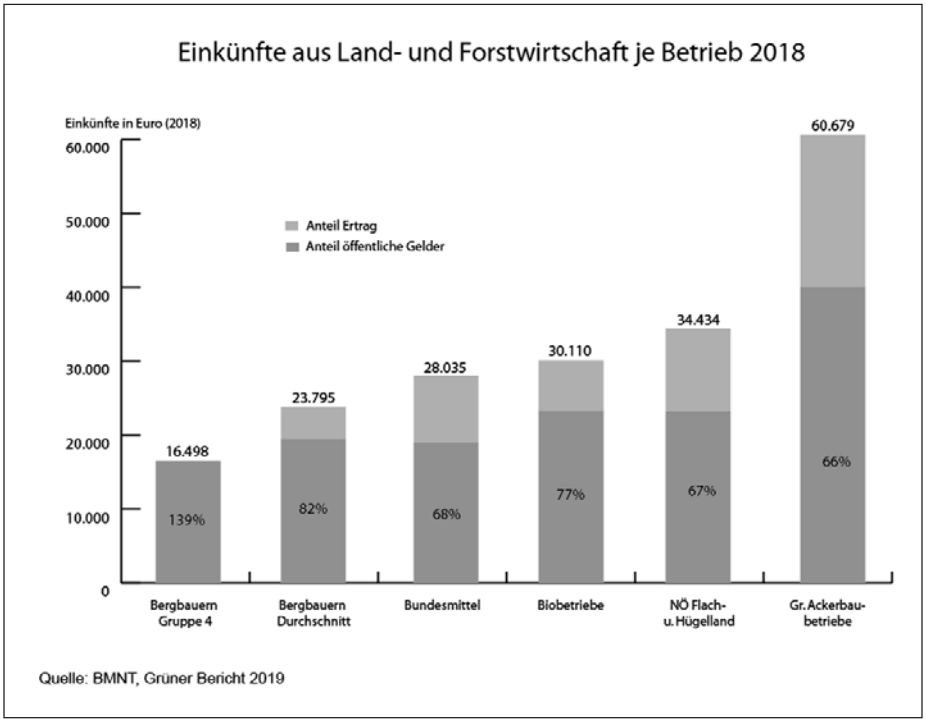
Der Verschuldungsgrad der Betriebe betrug 11,2%. Eine Überdeckung des Verbrauchs im Durchschnitt von 4.288 Euro wurde erzielt (d.h. das verfügbare Haushaltseinkommen war um diesen Betrag höher als der Privatverbrauch). Allerdings war bei 47% aller Betriebe im Grünen Bericht der Privatverbrauch größer als das verfügbare Haushaltseinkommen.

Im Jahr 2018 waren im Durchschnitt aller Betriebe 1,43 betriebliche Arbeitskräfte (bAK) beschäftigt, davon 1,33 nichtentlohnte Arbeitskräfte (nAK) und 0,10 entlohnte Arbeitskräfte (eAK). Der höchste durchschnittliche Arbeitskräfteeinsatz nach Betriebsformen war bei Dauerkulturbetrieben (2,01 bAK, davon 30% entlohnte Arbeitskräfte), der niedrigste Wert bei den Marktfruchtbetrieben. Die Bergbauernbetriebe hatten im Durchschnitt 1,45 bAK.

Sinkende Einkommen, steigende Unterschiede

Nach Betriebsformen betrachtet hatten alle ein niedrigeres Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft als im Vorjahr. Am stärksten war der Rückgang bei den Veredelungsbetrieben (-26%), gefolgt von den Dauerkulturbetrieben (-13%) und den Futterbaubetrieben (-10%). Die Marktfruchtbetriebe hatten hingegen ein geringeres Einkommensminus von 1% (nach einem schlechten Vorjahr). Der Einkommensrückstand der Grünlandbetriebe (Futterbau) gegenüber den Marktfruchtbetrieben (4.399 Euro Differenz je Betrieb) hat im Jahr 2018 wieder zugenommen. Die Bergbauernbetriebe hatten im Jahr 2018 im Durchschnitt einen leicht geringeren Einkommensrückgang (-8%) als die Nichtbergbauernbetriebe (-11%), allerdings ausgehend von einem niedrigeren Einkommensniveau. Bei den Biobetrieben ging das Einkommen um 2% zurück. Wie schon in den letzten Jahren hatten die Forstbetriebe mit 21.497 Euro je Betrieb das niedrigste Einkommen.

Nach Betriebsgrößen betrachtet waren die Einkommensunterschiede zwischen großen Betrieben (Einkommen von 60.965 Euro) und kleineren Betrieben (Einkommen von 8.442 Euro) mit einem Verhältnis von 7:1 auch im Jahr 2018 massiv (bei einem Verhältnis der landwirtschaftlichen Nutzfläche von knapp 3:1). Der Einkommensrückgang betrug bei den großen Betrieben 12%, bei den kleineren Betrieben 15%. Es gilt zu beachten, dass Betriebe unter 15.000 Euro Gesamtstandardoutput in der Einkommensstatistik des Grünen Berichts nicht erfasst sind, d.h. die vielen kleinen Betriebe in Österreich nicht repräsentiert sind (nur 50% der Betriebe gemäß Agrarstrukturerhebung).



Vergleich Haupterwerb und Nebenerwerb

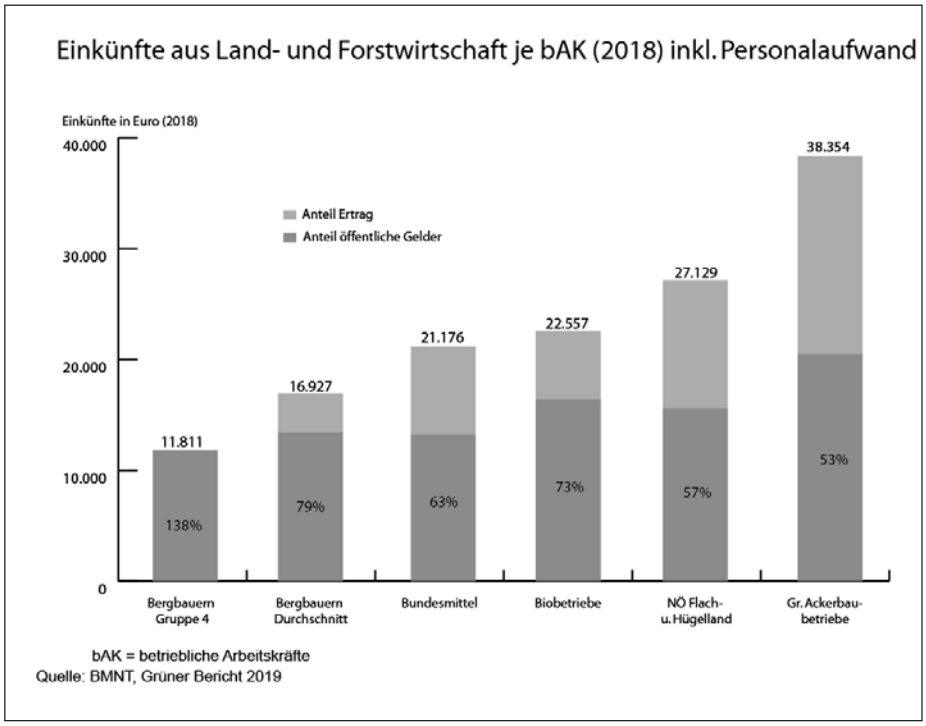
Die Nebenerwerbsbetriebe erwirtschafteten 2018 im Durchschnitt mit 6.793 Euro je Betrieb (-12%) nur knapp 13% des landwirtschaftlichen Einkommens der Haupterwerbsbetriebe von 53.965 Euro (-5%). Je betrieblicher Arbeitskraft (bAK) beträgt die Differenz zwischen Haupt- und Nebenerwerb 25.393 Euro je Betrieb. Das verfügbare Haushaltseinkommen der Nebenerwerbsbetriebe betrug aufgrund der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit insgesamt 34.223 Euro und ist viel geringer als jenes der Haupterwerbsbetriebe (50.786 Euro). Bei den Nebenerwerbsbetrieben war im Durchschnitt im Jahr 2018 der Verbrauch um 3.604 Euro höher als das verfügbare Haushaltseinkommen.

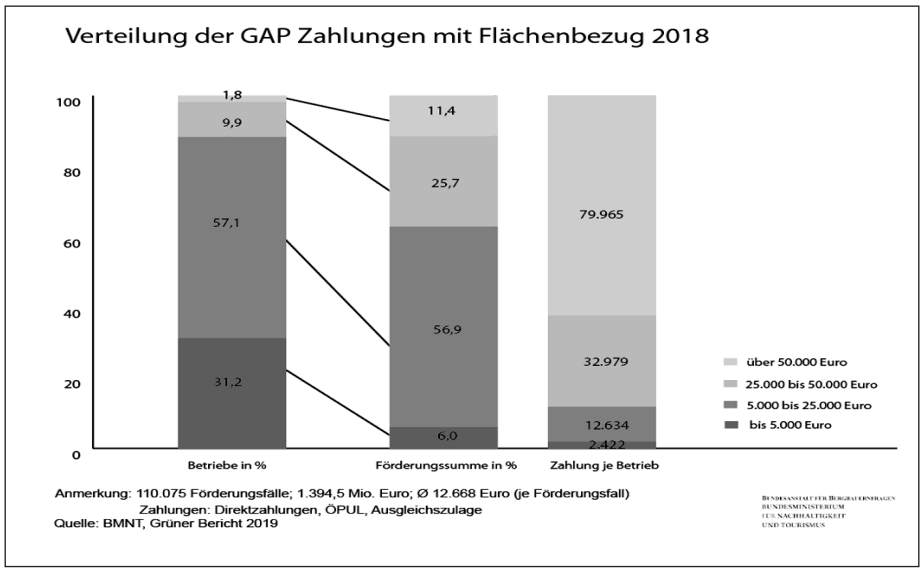
Negative Einkommensentwicklung bei den Bergbauernbetrieben

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sank bei den Bergbauernbetrieben 2018 im Durchschnitt um 8% auf 23.795 Euro je Betrieb. Der Rückstand betrug 4.240 Euro (15%) gegenüber dem Durchschnitt aller Betriebe bzw. 8.645 Euro (27%) gegenüber den Nichtbergbauernbetrieben. Ohne Bergbauernförderung (Ausgleichszulage = AZ) wäre der Abstand zu den Gunstlagen viel größer. Bei Betrachtung des verfügbaren Haushaltseinkommens der Bergbauernbetriebe verringert sich der Rückstand gegenüber den Nichtbergbauernbetrieben auf 2.668 Euro je Betrieb. Während es für die Bergbauernbetriebe mit geringer Erschwernis ein geringeres Minus von 3% gab, sank das Einkommen bei den Bergbauernbetrieben mit mittlerer Erschwernis um 15%. Bei den Bergbauernbetrieben mit hoher Erschwernis sank es um 5%, bei den extremen Bergbauernbetrieben nur um 1%. Mit zunehmender Bewirtschaftungserschwernis sinken der Gesamtstandardoutput und die reduzierte landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb. Bei den extremen Bergbauernbetrieben (Erschwernisgruppe 4) erreichte eine betriebliche Arbeitskraft (bAK) nicht einmal die Hälfte (46%) des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens (zuzüglich Personalaufwand) der Nichtbergbauernbetriebe.

Biolandwirtschaft wird ausgebaut

Die geförderten Biobetriebe (+2%) und die Biofläche (+3%) haben auch





2018 zugenommen. Der Anteil der Biolandwirtschaft lag bei 21 % an den Betrieben und 25 % an den Flächen. Die größte Flächenzunahme entfiel auf Ackerflächen. Die große Mehrheit der Biobetriebe (68%) sind auch Bergbauernbetriebe. Den höchsten Anteil an Biobetrieben gibt es in Salzburg, die stärksten flächenmäßigen Zuwächse waren 2018 in Ostösterreich. Das land- und forstwirtschaftliche Einkommen der Biobetriebe betrug 30.110 Euro je Betrieb (-2%) und lag damit inklusive der Bioförderung um 7% über dem Bundesdurchschnitt.

Agrarbudget nahm 2018 leicht zu

Im Jahr 2018 wurde mit 2,1 Mrd. Euro Budgetmittel um 5,5% mehr an EU-, Bundes- und Landesmittel für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet als im Jahr davor. In der 1. Säule der GAP blieben die Zahlungen nahezu unverändert, aber in der 2. Säule der GAP wurden mehr Mittel ausgegeben. Die Zahlungen für das ÖPUL, für Qualitätsregelungen und Investitionen, an Junglandwirt*innen und für LEADER sind gestiegen. Die rein national finanzierten Maßnahmen stiegen 2018 um 15% (vor allem wegen der Zahlungen für Dürreschäden und der Steigerung bei den Zuschüssen zur Ernte- und Risikoversicherung). Die Marktordnungsausgaben hatten einen Anteil von 34%, das Programm Ländliche Entwicklung von 51% und die zusätzlichen nationalen Fördermittel machten 15% aus. Der Anteil der öffentlichen Gelder am landwirtschaftlichen Einkommen betrug im Durchschnitt 68% bzw. waren es 16% am Ertrag. Dies zeigt die große Bedeutung des Agrarbudgets für die Land- und Forstwirtschaft.

Ungleiche Verteilung der öffentlichen Gelder bleibt

Im Maßnahmenjahr 2018 wurden 1,39 Milliarden Euro an flächenbezogenen Zahlungen (Direktzahlungen 1. Säule, ÖPUL, AZ) an landwirtschaftliche Betriebe ausbezahlt. Im Durchschnitt waren es 12.668 Euro je Betrieb. Aufgrund des Flächenbezugs sind diese Zahlungen ungleich verteilt. Während 31% der Betriebe im unteren Förderbereich (bis 5.000 Euro) im Durchschnitt nur 2.422 Euro je Betrieb erhielten und einen Förderanteil von nur 6% hatten, lukrierten 1,8% der Betriebe im oberen Förderbereich (über 50.000 Euro) 11% aller Fördermittel und im Durchschnitt 79.965 Euro je Betrieb. In den Genuss von jeweils über 100.000 Euro flächenbezogenen Direktzahlungen kamen 280 Betriebe, die zusammen 48,6 Millionen Euro (im Durchschnitt 173.613 Euro je Betrieb) erhielten. Weitere 359 Millionen Euro wurden für die übrigen Maßnahmen im Rahmen des Programms für die ländliche Entwicklung aufgewendet.

Fazit

Das Jahr 2018 brachte – nach zwei positiven Jahren – eine negative Einkommensentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft (-10%). Der prozentuelle Rückgang bei den Bergbauernbetrieben war etwas geringer als bei den Nichtbergbauernbetrieben, der Abstand ist aber immer noch groß. Dies trifft besonders für die Betriebe mit hoher und extremer Erschwernis zu. Ohne die gezielte Bergbauernförderung (Ausgleichszulage) wäre der Rückstand noch viel größer. Die Zahlungen für die Land- und Forstwirtschaft sind aber nicht nur für die Bergbauernbetriebe, sondern für alle Betriebsformen und -größen ein wichtiger Einkommensbestandteil. Aus Sicht der Berg- und Biolandwirtschaft sind das ÖPUL und die Ausgleichszulage die zentralen Leistungsabgeltungen für die Erfüllung der gesellschaftlichen Ziele und Erwartungen.

Dr. Gerhard Hovorka, Mitarbeiter der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen in Wien

Anmerkung: Der Begriff Einkommen wird hier zum besseren Verständnis für die im Grünen Bericht als „Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft“ bezeichneten Zahlen verwendet.

VON A WIE ARBEIT BIS Z WIE ZUKUNFT

Für einen gerechten Übergang braucht es ein neues Verständnis von Arbeit. Was muss sich in Zeiten der Klimakrise eigentlich an der Art, wie wir arbeiten und wirtschaften, ändern?

VON JOSEF MÜHLBAUER

Um dieser Frage nachzugehen, haben wir im Rahmen einer Schreibwerkstatt die Broschüre „Von A wie Arbeit bis Z wie Zukunft“ geschrieben. Wir knüpfen darin an das Konzept der imperialen Lebensweise an.

Die imperiale Lebensweise

Die Lebensweise der meisten Menschen in Österreich und im Globalen Norden ist imperial, denn sie kann nur existieren, indem systematisch auf billigste Arbeit und billigste Ressourcen anderswo zugegriffen wird. Sie ist exklusiv und nicht unendlich verallgemeinerbar – denn sie braucht stets Orte und Menschen, auf die die Kosten ausgelagert werden. Da sie sich ausbreitet und intensiviert, stößt sie zunehmend an Grenzen, was zu Erderhitzung, Ressourcenknappheit, Konflikten und Kriegen führt. Trotzdem ist es schwer, diese Lebensweise zu verändern – sie ist stabil, da sie fest in unserem Alltag verankert ist. Das ist durchaus paradox: Wir sind als Arbeitende in ein System eingespannt, auf das wir keinen direkten Einfluss haben. Die Früchte der Arbeit eignen sich einige Wenige an und auch über die Bedingungen und die Verteilung entscheiden andere. All das ist höchst ungleich. Aneignung der Arbeit anderer über den Konsum und das Profitieren von billigen Waren. Es gibt jeweils Handlungsspielräume, aber an vielen Punkten fehlt der entscheidende Einfluss auf die je eigene Lebensweise. Kämpfen gegen die Ausbeutung sind der Achtstundentag, höhere Löhne und Sozialstandards zu verdanken. Auf der anderen Seite wird in der Lohnarbeit Lebenszeit in Kaufkraft umgewandelt, was sich in steigendem Konsum in unserer Gesellschaft deutlich auswirkt. Neben immer mehr „Bullshit-Jobs“ und Burn-Out und immer weiter wachsenden unbezahlten Mehr- und Überstunden kommen so gravierende ökologische Probleme hinzu. Wo soll das hinführen?

Arbeit neu denken

Arbeit – so unsere These kann und muss angesichts der Klimakatastrophe anders gedacht werden. Gute Arbeit ist für uns Arbeit, die mir selbst, zukünftigen Generationen und der Umwelt dient und nicht auf Kosten anderer geht. Sie umfasst deshalb auch Tätigkeiten, die über die Erwerbsarbeit hinausgehen: Care- und Reproduktionsarbeit, Subsistenzarbeit und u.a. ehrenamtliche Arbeit. Erwerbsarbeit deckt immer nur einen Teil all jener unterschiedlichen gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten ab, die geleistet werden müssen. Der Großteil der geleisteten Arbeit wird nicht entlohnt und dennoch – zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt – erledigt. Fallen Jobs in Sektoren weg, die die Welt kaputt machen? Werden Tätigkeiten mehr, die die Welt zu einem besseren Ort machen? Wofür steht in unserer Gesellschaft wie viel Zeit zur Verfügung?

Die Broschüre richtet sich in erster Linie an Menschen in Lohnarbeitsverhältnissen und an Gewerkschafter*innen. – Oder anders ausgedrückt: Jene Menschen, die meist pauschal „die Konsument*innen“ genannt werden. Für Bauern und Bäuerinnen ist diese Broschüre interessant, weil die Broschüre dabei helfen kann, neue Wege denkbar zu machen. Hier ist die Frage aufgeworfen: Wie würde eine Gesellschaft aussehen, in der die Erwerbsarbeit nicht mehr in der Hauptsache für die imperiale Lebensweise eingespannt wird? Wie würde eine Welt aussehen, wo Arbeit vor allem auf ein gutes Leben für alle zielt?

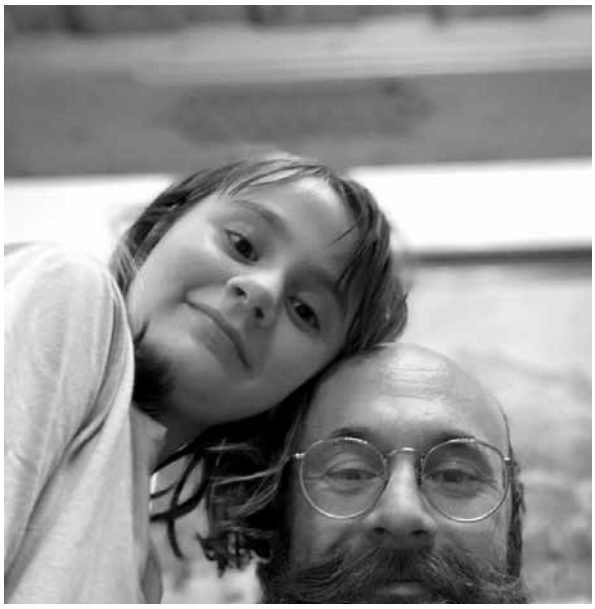
Josef Mühlbauer BA ist Mit-Autor der Broschüre

Die Broschüre online:
https://kollektiv-periskop.org/von-a-wie-arbeit-bis-z-wie-zukunft/
Die Print-Version kann gegen Spende bestellt werden bei:
info@kollektiv-periskop.org

AB HOF: EIN- UND AUSBLICKE

Bio-Landwirt Hans Staudinger baut auf insgesamt 96 ha verschiedene Getreide, Gräser, Klee, Luzerne, Soja, Mais und Hirse an. Der Anbau erfolgt mit Hilfe einer Jahrtausende alten Technik, der sogenannten Dammkultur. Diese wurde bereits von Sumerern, Ägyptern und später von den Mayas und Inkas verwendet.

FLORIAN SATTLBERGER IM GESPRÄCH MIT HANS STAUDINGER



Hans Staudinger mit Tochter Lotte, Foto: Staudinger

Im Gespräch wollten wir wissen, wo heutzutage die Herausforderungen des (Bio-)Landwirt-Daseins liegen. Auf die Frage, warum er sich vor Jahren für diese Wirtschaftsweise entschieden hat, antwortet Hans: „Ich bin davon zutiefst überzeugt, es macht Spaß und erfüllt mich mit Zufriedenheit.“ Außerdem wolle er die „großen Chemiekonzerne“ finanziell nicht mehr unterstützen.

Eine der größten Schwierigkeiten, die zu Beginn auftauchte, bezieht sich auf die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. „Diese werden seit den 1980ern immer billiger“, sagt Hans. Er meint, wenn die ganze Familie mitarbeitet, „grenze dies fast an Selbstausbeutung“. Zusätzlich werde durch die Lager Druck ausgeübt. Diese würden so lange warten, bis die Erträge gut sind und somit die Preise fallen. Was zu einem nächsten Gesprächspunkt führt. „Es gibt noch keine geeigneten Züchtungen für den Bio-Landbau, das interessiert offensichtlich niemanden. Vermutlich liegt dies daran, dass das Biosaatgut von Landwirten selbst nachgebaut wird“, so Hans. Die Erträge können zwar sukzessive gesteigert werden, jedoch nur sehr aufwendig.

Ein Vorteil vom Bio-Landbau sei zwar, dass das Interesse der Supermärkte daran steigt und die Zahlungsbereitschaft um durchschnittlich 20 Prozent höher ist gegenüber konventionellen Produkten, diese es schlussendlich aber „um das Doppelte verkaufen.“ Kleinere Direktvermarkter*innen, die ebenso als Händler*innen agieren, seien diesbezüglich stabiler.

Gegen Ende möchten wir noch wissen, wo er die größten Schwierigkeiten in der heutigen Landwirtschaft sieht. Die Antwort lässt nicht lange auf sich warten. „Wir verdienen unser Geld durch Selbstausbeutung bzw. jener von Tieren und Böden.“ Als Beispiel nennt er Biogas: „Einerseits wird viel gedüngt, um dem Boden schlussendlich die Nährstoffe und den Kohlenstoff wieder zu entziehen und zu verbrennen. Setzen wir diese Produktionsweise fort, führt dies unweigerlich zur Auslaugung unserer Böden und somit zur Vernichtung unser aller Lebensgrundlage!“ Wichtig sei die Kostenwahrheit, dem Boden einen richtigen Wert beizumessen und nicht nur auf die finanziell „effizienteste“ Produktion zu achten. „Die Struktur der Förderungen gehört schon seit langem überdacht. Alle sollten ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt nachkommen. Eigentlich müssten konventionelle Lebensmittel schon längst teurer sein als biologische.“ Zum Abschluss erzählt Hans vom sogenannten HOFDEPOT (wo er selbst tätig ist): Ein Zusammenschluss aus ungefähr zwölf Lieferant*innen, der regionale Produzent*innen stärkt und Familien beliefert. Ihm mache seine Arbeit großen Spaß, wieder umzusteigen käme „ihm nicht in den Sinn.“ „Natürlich muss man ein Risiko eingehen, doch Ackerbau ist sowieso ein spekulatives Geschäft.“ Er habe das Glück, dass seine Eltern ihn immer unterstützen. Mit einem Augenzwinkern fügt er hinzu, dass „des Sudern von den Alten manchmal gar nicht so schlecht ist, da man sich Kritiken und Zweifeln stellen muss und man von der älteren Generation viel mitnehmen kann.“ Man müsse sich nur trauen!

Florian Sattlberger studiert Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Betriebsspiegel

Huber zu Gunersdorf, Bio-Ackerbaubetrieb in Sierning, Oberösterreich

96 ha LN, 26 ha Wald

Druschgewürze, Ölsaaten, Saatgutvermehrung

2 Schweine, 40 Hühner und einige Katzen

Wer lebt am Hof: Hans & Barbara, die Kinder Lotte & Vitus und Altbauer Hans & Altbäuerin Christa

kurz & bündig

franziskus

Klientel- statt Klimapolitik

Der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC zeigt, dass durch den Rückgang der Gletscher (Berg-)Bauern und -bäuerinnen und indigene Völker weltweit besonders hart betroffen sind. Das ist nur eine der vielen Belege, warum es dringend geboten ist, endlich mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit durchzusetzen.

Die bisherige Klimapolitik in Österreich hat versagt, nicht umsonst ist der bisherige „Nationale Energie- und Klimaplan" (NEKP) völlig unzureichend. Er muss bis Ende 2019 stark nachgebessert werden. Klimawissenschafter*innen haben deshalb den Referenz-NEKP veröffentlicht, in dem auch Maßnahmen für die Landwirtschaft klar benannt werden. Interessant: Die Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft zeigen den dringendsten Veränderungsbedarf. Der Bauernbund bedient bisher einen Abwehrdiskurs. Doch Maßnahmen gegen den Klimawandel werden kommen. Die Vereinigung der Wissenschafter*innen von *„Diskurs. Das Wissenschaftsnetz"* ist in einer Pressekonferenz den Gründen nachgegangen, die einem wirklichen Klimaschutz derzeit im Wege stehen: Bisher ist die heimische Klimapolitik eher eine Medienkampagne als ein Plan für mehr Klimaschutz, kritisierte Willi Haas vom Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur (Boku) Wien. Seine Betrachtung der Umweltpolitik betrifft auch das schwarze bzw. türkise Landwirtschaftsministerium, in das das Umweltministerium eingegliedert ist: Seit der Schaffung eines Umweltministeriums im Jahr 1972 wurde Umweltpolitik vor allem dort forciert, wo sie der Wirtschaft nützt, etwa bei Biotreibstoffen, sagte Haas. In der Politik ging es weniger darum, wie man das Klima schützt, sondern eher, wie man die eigene Klientel vor Klimaschutzmaßnahmen schützt. „Zu Beginn gab es durchaus griffige Formulierungen und Vorschläge, doch inzwischen wurden sie alle weichgespült", so Haas. Auf diese Weise gelingt es bisher, in der Öffentlichkeit ein schönes Bild vom Klimaschutz zu zeichnen, während man hinter den Kulissen „keine großen Wellen" verursacht. Eine weitere Diagnose: Die Öffentlichkeit wurde von klimarelevanten Entscheidungen immer mehr ausgeschlossen. (APA)

Nähere Infos: https://politikwissenschaft.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/i_politikwissenschaft/Veranstaltungen/2019/Mediemappe_Klima-_und_Umweltpolitik.pdf

Studie: Kleine Ackerflächen und Vielfalt fördern die Biodiversität

Eine großangelegte Studie im Rahmen des EU-Projekts FarmLand zeigt, dass kleine Felder und eine Vielzahl von Nutzpflanzen die Artenvielfalt in Agrarlandschaften erhöht. „Die Intensivierung der Landwirtschaft und die Zerstörung naturnaher Lebensräume (Buschland, Hecken, kräuterreiche Streifen) ist eine der Hauptursachen für den beobachteten Verlust der biologischen Vielfalt", schreiben die Autor*innen. In 435 verschiedenen Agrarlandschaften, die bezüglich der Ackergröße, Vielfalt der Nutzpflanzen und der naturnahen Lebensräume unterschiedlich geprägt sind, erhoben sie auf einem Quadratkilometer Daten an jeweils drei Probenahmestellen. Die Forscher*innen identifizierten rund 2.795 Arten aus sieben taxonomischen Gruppen: Vögel, Schmetterlinge, Bienen, Schwebfliegen, Spinnen, Laufkäfer und Pflanzen. Sie gelangten zu dem Ergebnis, dass eine heterogene Agrarlandschaft mit einem Mosaik aus kleinen und mit unterschiedlichen Kulturarten bewirtschafteten Ackerflächen deutlich mehr Artenvielfalt aufwies als durch großflächige Monokulturen geprägte Landschaften. Schon eine Verkleinerung der durchschnittlichen Feldgröße von rund fünf Hektar auf 2,8 Hektar hatte den gleichen Effekt auf die Biodiversität wie eine Erhöhung des Anteils naturnaher Lebensräume von 0,5% auf 11%. Selbst wenn naturnahe Vegetation wie Hecken und Randstreifen zwischen den Feldern fehlten, wirkte sich eine reduzierte Feldgröße positiv auf die Artenvielfalt aus. Die Studie ergab zudem, dass der Anbau von mehr unterschiedlichen Kulturarten ebenfalls zu einem größeren Artenreichtum auf den Feldern führte. Die Forscher*innen hoffen, dass ihre Ergebnisse in der aktuellen Debatte über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU gehört werden.

Nähere Infos:
uni-goettingen.de/de/3240.html?id=5547

Demokratiebericht

Der Solidaritätspakt der Zivilgesellschaft hat den Demokratiebericht veröffentlicht: „Was unsere Demokratie jetzt braucht". Darin werden Ideen und Projekte benannt, die eine lebendige Demokratie befördern.

Der Bericht kann als Druckversion im ÖBV-Büro bestellt werden oder auf https://solidaritaetspakt.org/demokratielebt/ gelesen werden.

„Free the Soil" und Futtermittelhafen-Blockade

In Deutschland haben AbL und BDM in einer Aktion am 18. September den größten Futtermittelhafen blockiert. Damit haben sie auf den Zusammenhang zwischen Milch- und Klimakrise hingewiesen: Die Produktion von Futtermitteln auf Kosten des Regenwaldes und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Damit kritisieren sie die aktuell fehlgeleitete Handelspolitik. So wurde am 23. September in Brunsbüttel die Niederlassung von Yara blockiert. Die Produktion von Kunstdünger ist extrem energieintensiv und die aktuellen Stickstoffüberschüsse in den Böden stehen mit hohen Lachgasemissionen in Verbindung.

Zur Aktion von AbL und des BDM:
https://tinyurl.com/y5948623 und
https://freethesoil.org/de/startseite/

Hubert Wiggering und Dietmar Schallwich unter Mitwirkung von Roderich Thien: „Ein Krieg im Kornfeld. Cyberkrieg und Digitalisierung – Feldroboter und Tablets, Cyborgs und Landwirte. Eine Erzählung, fiktiv und realistisch, heute und mit einem Vorgriff auf morgen". Metropolis-Verlag, März 2019, 18 Euro

Digitalisierung und Landwirtschaft

Das Buch aus der Reihe „Agrarkultur im 21. Jahrhundert" erzählt von Chancen, Gefahren und neuen Abhängigkeiten der Digitalisierung in der Landwirtschaft und der Gesellschaft anhand von zwei fiktiven Protagonisten. Zum einen Großgrundbesitzer Thünemann aus Deutschland, „Kind" der industrialisierten Landwirtschaft. Seine „immer mehr und immer günstiger"-Maxime schafft er nur noch mit einem modernen volltechnisierten Betrieb. Deshalb ist das neue Allheilmittel die Präzisionslandwirtschaft, die volldigitalisierte Landwirtschaft. Sie soll die Landwirtschaft endlich zu einer umweltfreundlichen, ressourcenschonenden und kostensparenden machen. Bauer Thünemann ist skeptisch, denn von neuen Abhängigkeiten, fehlender Transparenz und Sicherheitslücken in der Datennutzung ist nicht die Rede. Der andere Protagonist ist Kleinbauer Somoni mit seiner Frau Sohira aus dem Pamir-Gebirge in Tadschikistan, einem „Schwellenland". Beide sind Agrarwissenschaftler*innen, technikaffin und neuen Wegen aufgeschlossen. Ein staatlich gefördertes Agrarreformprogramm, das die Gleichberechtigung der Frauen in der Landwirtschaft und die Nachhaltige Entwicklung des Landes mittels voller Digitalisierung fördern soll, klingt da vielversprechend. Sohira wird also Unternehmerin und Besitzerin eines volldigitalisierten landwirtschaftlichen Betriebs mit Schulden bei Staat und Landmaschinenherstellern. Grüne Revolution 2.0 lässt grüßen. Die Erzählung ist ein Konglomerat von Fachwissen und Science-Fiction, in der Cyberangriffe in der Landwirtschaft sowie Cyborgs eine Rolle spielen. Obwohl die Autoren durchaus gekonnt und witzig die Grenzen von Fiktion und Realität, Gegenwart und Zukunft ausloten, ist die Erzählung an manchen Stellen unübersichtlich und mit Themen unnötig überladen. Ein wichtiger Beitrag zur Diskussion.

Vera Faber

Josef P. Mautner (Hg.): Regionale Menschenrechtspraxis. Herausforderungen – Antworten – Perspektiven. Mandelbaum Verlag, November 2018, 17 Euro

Regionale Menschenrechtspraxis

In den letzten Jahren hat sich in Österreich die menschenrechtliche Situation gerade von verletzlichen Gruppen stark verschlechtert. Zugleich gibt es jedoch ein vielfältiges Netz von Menschen, Gruppen und Organisationen, die sich in ihrem Heimatort, in ihrem Stadtteil, in ihrem sozialen Umfeld für Menschenrechte engagieren. Im Buch kommt so eine lebendige und bunte Menschenrechtskultur zu Wort. Dieses Buch ist zur richtigen Zeit erschienen. Menschenrechte werden hier als konkrete regionale Praxis diskutiert. Wie können Widersprüche und Konflikte angegangen werden? Welche Beispiele gibt es?

Was heißt eigentlich „Menschenrechte“? „Regional“ meint in dem Buch eine Praxis „von unten“, die Menschenrechte gewinnen dort an Boden, wo konkretes Handeln auf eine Stärkung und Verteidigung der Menschenrechte zielt. Es lohnt allemal, dieses Buch zu lesen und vielleicht auch in Veranstaltungen diese Fragen gemeinsam mit den Autor*innen zu diskutieren. *ff*

Rettet den Boden!

Der Journalist Schwinn hat ein gut lesbares und gut recherchiertes Buch über „unsere wichtigste Lebensgrundlage“, den Boden und die Bodenlebewesen geschrieben. Mit dem Buch macht er eine lange Wahrheit deutlich: Das Thema „Boden“ wird viel zu wenig beachtet und es ist nach wie vor dringend notwendig, das endlich aufzubrechen. Es braucht neue Bilder und Einblicke in diese grundlegenden Zusammenhänge. Darin liegt auch der wichtige Beitrag dieses Buches: Diese Welt zu erschließen und in verständlicher Sprache zu vermitteln, was sich in dieser Welt abspielt. Besondere Beachtung finden Regenwürmer, deren Beitrag kaum zu überschätzen ist. Schwinn kritisiert den weit verbreiteten und herrschenden Umgang mit Boden in der Landwirtschaft und in der Gesellschaft. Erosion, Pestizide, Überdüngung, Bodenverdichtung, Bodenspekulation, Verbauung, verfehlte Agrarpolitik … Die Liste ist lang. Und er zeigt Alternativen, denn diese gibt es in großer Vielfalt. Seine politischen Schlussfolgerungen sind etwas zu kurz gegriffen, aber der Beitrag zur Diskussion ist essentiell. *ff*

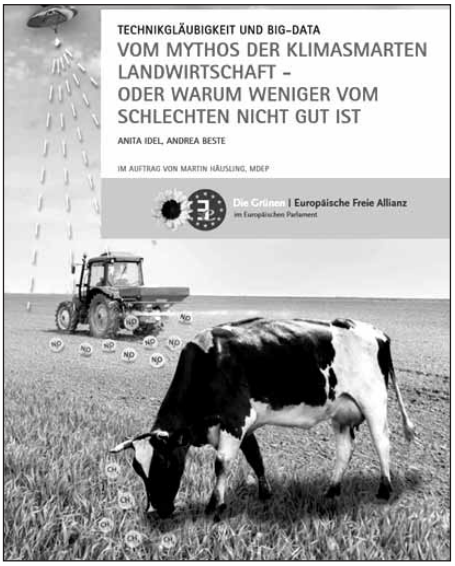
Florian Schwinn: Rettet den Boden! Warum wir um das Leben unter unseren Füßen kämpfen müssen. Westend Verlag. Juni 2019. 24,70 Euro

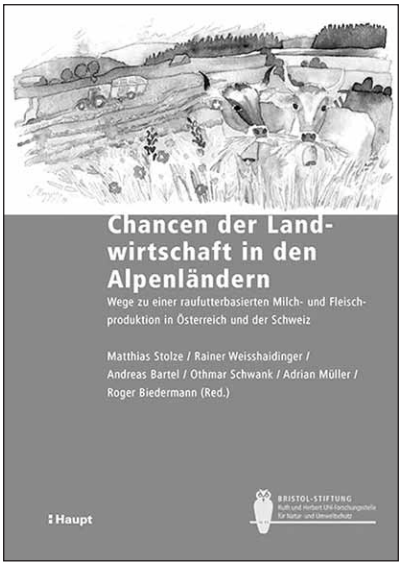
Klimawandel und Chancen der Landwirtschaft

Zwei Hinweise zu wichtigen Diskussionsbeiträgen über Zukunftsfragen rund um Klimawandel und Landwirtschaft:

Anita Idel/Andrea Beste (2018): Vom Mythos der klimasmarten Landwirtschaft – oder warum weniger vom Schlechten nicht gut ist. Technikgläubigkeit und Big-Data. Studie im Auftrag von Martin Häusling. https://www.martin-haeusling.eu/images/Klimaschutz_kleiner_RZ_copi.pdf

Stolze, Matthias / Weisshaidinger, Rainer / Bartel, Andreas / Schwank, Othmar / Müller, Adrian / Biedermann, Roger (2019): Chancen der Landwirtschaft in den Alpenländern. Wege zu einer raufutterbasierten Milch- und Fleischproduktion in Österreich und der Schweiz. ISBN: 978-3-258-08099-4. Bristol-Schriftenreihe 58. 2019. Haupt Verlag. 37,10 Euro

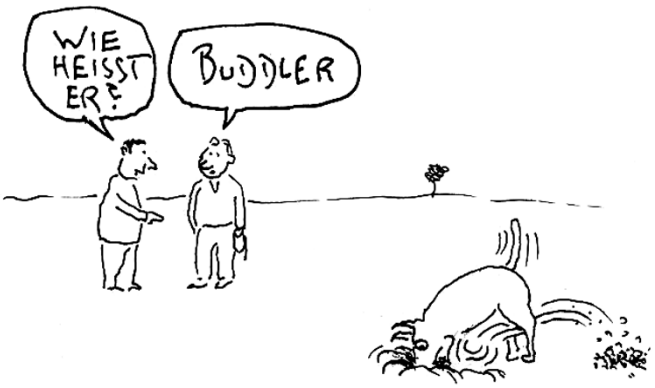




BUDDELN – ZWISCHEN LUST UND LAST

Mit dem Begriff des „Buddelns“ wird in unserer (bäuerlichen) Arbeitswelt das Tätigsein gemeint, bei dem jemand als fleißig erscheint und etwas (er)schafft. Die Person bekommt die Zuschreibung Buddlerin oder Buddler. Das wird in der Umgangssprache als Ausdruck für Tüchtigkeit verstanden.

VON MONIKA GRUBER



Tüchtig sein genießt ein hohes Ansehen. Da ist die Rede von der Bäuerin, die Kinder, Küche, Kühe und Kommunikationsmedien spielend unter einen Hut zu bringen scheint. Da wird der Nebenerwerbsbauer ins Gespräch gebracht, der Traktorarbeit, Traumfrau und Teamwork ebenfalls spielend unter einen Hut zu bringen scheint. Der Begriff der Buddlerin oder des Buddlers drückt eine Art von Arbeitsethos aus, das sowohl bewundernswert, als auch erstrebenswert erscheint. Das wirkt in der Psyche heimlich als Antreiber. Und von einer Buddlerin oder einem Buddler am Bauernhof wird wohlwollend und positiv gesprochen. Zudem haben es die Frau oder der Mann gut erwischt in der Partnerwahl – oder eben „richtig“ ausgesucht am „freien Markt“. Ein „Blindgänger“ oder eine „faule Miarl“ wäre unerwünscht.

Ich frage mich, wie das mit dem Buddeln geht und dessen hohem Ansehen. Was da an anderen so spielend leicht als Tüchtigkeit erscheint, kann mich dazu bringen, mein eigenes Tätigsein als Bäuerin zu vergleichen und mir daraufhin ein schlechtes Gewissen zu bereiten: Ich könnte zu wenig ausgebildet sein, zu wenig fleißig oder zu wenig organisiert. Grübeln folgt. Soll ich mich mehr mit Managementmethoden für den Bauernhof beschäftigen? Mich noch häufiger weiterbilden beim LFI? Workshops besuchen für die Selbstorganisation im Bauernhofbüro? Meine Arbeitsmethoden kritischer prüfen? Einen neuen Ausbildungslehrgang absolvieren? Mit To-do Listen arbeiten? Ein Bullet-Journal führen zum Zweck besserer Arbeitsorganisation? Schneller werden und ökonomischer bei den Handgriffen? Über die Arbeitszeit buchführen? – Nie komme ich bei diesem Nachdenken auf die Idee, die Arbeitslast zu verringern oder öfters ins öffentliche Schwimmbad zu gehen.

Seit heuer gilt der neu festgestellte Einheitswert. Ihm folgt die Höhe des Sozialversicherungsbeitrags. Für viele kleinere und mittlere Bauernhöfe wirkt sie wie ein „harter Brocken“. Ich beobachte, wie das „Buddeln“ im Sinne von „mehr Einkommen erwirtschaften“ zunimmt. Mehrarbeit, um das zusätzlich benötigte Geld aufzutreiben, damit die geforderten Sozialversicherungsbeträge einbezahlt werden können. Arbeit bis nahe an die Grenze des Erschöpftseins oder des Burnouts. Der Bauernbundobmann in der Nachbargemeinde, dem ich den finanziellen Druck und die Folgen für Bauern und Bäuerinnen geklagt hatte, meinte lapidar als Lösungsangebot: „Da musst du dir was überlegen und eben mehr auswärts arbeiten gehen.“

Mit meiner Lust an Sprache und Sprachbildern suche ich im Online-Wörterbuch nach der Wortherkunft des „Buddelns“. Es sagt mir, buddeln ist seit dem 18. Jahrhundert bekannt und breitete sich von Berlin ausgehend aus. Sinngemäß bedeutet es, durchs Graben oder Wühlen etwas herstellen oder etwas herausholen. Früher meinte man damit, aus der Erde. Heutzutage verstehen wir es auch als „mehr aus der eigenen Arbeitskraft, dem Hof oder dem Unternehmen herausholen“. Als Hauptwörter kennen wir in der deutschen Sprache den Buddelsand, den zum Spielen geeigneten Sand, und die Buddelkiste, die Sandkiste für die Kinder. – Der Buddleja bezeichnet keinesfalls einen außergewöhnlich fleißigen Menschen, sondern den als „Sommerflieder“ bekannten Strauch, dessen Blüten reichlich Nektar bieten und daher besonders gerne von Schmetterlingen aufgesucht werden.

Notiz an mich: Vielleicht sollte ich mich mit Buddha beschäftigen, der unter einem Baum (Pappelfeige) saß und dabei Erleuchtung fand – ein Feigenbaum wächst schon an meiner Hauswand.

Und wenn *Sie* eine Pause vom Buddeln machen wollen, empfehle ich Ihnen ein Abo der Zeitschrift[1] „Wege für eine bäuerliche Zukunft“, das Sie ganz einfach bestellen können bei:

office@viacampesina.at
Tel 01 – 89 29 400

1 ... für die ich ordentlich reingebuddelt hab

KONTAKTADRESSEN

Niederösterreich:
Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel: 02245-5153
maria.vogt@live.de

Franziska Schrolmberger
Verderberstraße 4, 2070 Retz
franziska.schrolmberger@viacampesina.at

Michaela Reisenbauer
Königsegg 17, 2851 Krumbach
Tel: 0676-9712208 (abends anrufen)
bioreisenbaeuerin@kraeuteregg.at

Oberösterreich:
Hans und Hildegard Kriechbaum
Nindorf 7, 4870 Pfaffing
Tel: 0664-65 877 31
johann.kriechbaum@viacampesina.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
Tel: 0676-7567504
johann.schauer@viacampesina.at

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel: 07282-7172
bio-hofer@ronet.at

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach/Attersee
Tel: 0664-73566685
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71277 o. 0664-23 49 137
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Kärnten:
Paul Ertl
Obersdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel: 0664-3835613
paul.ertl@gmx.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

Vorarlberg:
Daniela Kohler
Schwarzen 41, 6960 Buch
Tel: 0664-73427001
daniela-kohler@aon.at

Stefan Schartlmüller
mulorupop@gmail.com

Maria Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
maria_schneller@gmx.at

Steiermark:
Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

Isabella Bösch-Weiss
Nestelberg 19, 8083 St. Stefan/Rosental
Tel.Nr.: 0699 1029 1774
isabella.boesch-weiss@viacampesina.at

Salzburg:
Franz Rest
Bleiwangbauer, 5632 Dorfgastein
Tel: 06433-20315
bleiwangbauer@sbg.at

Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
Tel: 06474-8164
trimmingerhof@aon.at

Tirol:
Christoph Astner
Zillfeldweg 9, 6362 Kelchsau
Tel: 0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

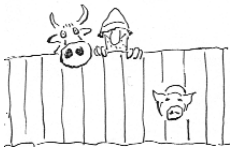
Leonhard Aigner
Panoramastraße 40, 6265 Hart im Zillertal
Tel: 0676 840 66 82 10

Burgenland:
David Jelinek
Berggasse 26, 7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Anneke Engel
0680-504 71 51
anneke.engel@viacampesina.at

***

Homepage:
www.viacampesina.at



Werbt Abos ...

... und macht Bauern und Bäuerinnen zu kritischen Denker*innen!

Unsere Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ ist für uns als ÖBV wichtig, um unsere Themen unter Bauern und Bäuerinnen zu verbreiten. Hier diskutieren wir unsere Anliegen und informieren über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bauern und Bäuerinnen und kritische Konsument*innen unsere Zeitung lesen.

Darüber hinaus ist es für die ÖBV hilfreich, einen möglichst hohen Grad an Eigenmittel zu erreichen, um auch ökonomisch unabhängiger zu sein.

Wir bitten euch daher, die Zeitung in eurem Umfeld weiterzureichen und neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Wir schicken euch gerne ein paar Exemplare zum Verteilen zu.

Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft

❏ Ich möchte ordentliches Mitglied werden.

Beitragshöhe 38 Euro + 1/1000 des Einheitswertes

❏ Ich möchte unterstützendes Mitlied werden.
Beitragshöhe 38 Euro + freie Spende

Zur Info: Bei einer Mitgliedschaft sind das Abo der Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ und der Email-Newsletter (jedes Monat) sowie Infos zu Veranstaltungen in Ihrer Region inkludiert. Infos zu Arten der Mitgliedschaft siehe: www.viacampesina.at/mitglied

Abonnement

❏ Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ (5 Ausgaben/Jahr) zum Preis von 28 Euro jährlich bzw. 32 Euro ins Ausland

❏ Ich möchte ein Geschenk-Abo für jemand anderen bestellen und bitte um Zusendung der Informationen dazu

Name:.....

Adresse:.....

Bauer/Bäuerin mit Betriebszweigen:.....

Andere Tätigkeiten/Berufe:.....

Telefon:..... Email:.....

Datum: ..... Unterschrift:.....

Datenschutzerklärung: Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie zu, dass Ihre Daten zum Zweck der Zusendung der Zeitung „Wege für eine Bäuerliche Zukunft“ sowie weiteren Vereinsinformationen per Post und Email verwendet werden. Wenn Sie eine Emailadresse angegeben haben, erhalten Sie zudem Einladungen zu Veranstaltungen der ÖBV in Ihrem Bundesland, sowie den ÖBV-Newsletter. Die Daten werden zum Zweck der Aussendungen verarbeitet. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben!

ÖBV-Vía Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien Tel.: 01 89 29 400
office@viacampesina.at

Nähere Infos finden Sie auf unserer Homepage **www.viacampesina.at!** Dort können Sie auch unseren Newsletter oder die Anmeldung als Mitglied bzw. für ein Abonnement selbst durchführen.

ÖBV-*Info II/ Veranstaltungen*

AGRARPOLITISCHER GRUNDKURS DER ÖBV WINTER 2019/20

Das System verstehen – aus dem Rahmen denken – gemeinsam aktiv werden!

Vier aufeinander aufbauende Termine:
26./27. Nov 2019 (OÖ) und 16./17 Jän 2020 (Graz)
und 10./11. Feb 2020 (NÖ) und 3./4. März 2020 (Tirol)

Wer „macht" eigentlich Politik? – Wie kann ich meine Anliegen gut nach außen tragen? – Wie können wir gemeinsam für kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität eintreten?

Der Kurs richtet sich an Bäuerinnen und Bauern und an alle, die für kleinbäuerliche Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und gutes Essen für alle politisch aktiv bleiben oder werden wollen.

Anmeldung: veranstaltung@viacampesina.at, Tel: 01 89 29 400
Bitte bei Interesse ehestmöglich melden.

EUROPAS HANDEL UND ÖKOLOGISCHE UNGLEICHHEIT

Diskussion und Buchpräsentation
Mi, 27. Nov 2019, 18:30 – 20:30

Kepler Salon, Rathausgasse 5, 4020 Linz

Wie verknüpft der „freie" Handel Süd und Nord, Arm und Reich, die Ausbeutung von Ressourcen mit Konsum? Wer profitiert, wer verliert und auf welche Weise verstärkt Handel ökologische Ungleichheit? Welcher Schutz vor sozial- und umweltschädlicher Produktion ist denkbar, der transnationale Solidarität miteinschließt? Über den Zusammenhang von „Freihandel" und ökologischer Ungleichheit und Chancen für mehr Umweltgerechtigkeit diskutieren

- Anke Schaffartzik, Institut für Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien
- Karin Fischer, Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz
- Anja Appel, Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO)
- Franziskus Forster, ÖBV-Via Campesina Austria

Veranstaltet von JKU – Institut für Soziologie, Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik, Südwind, ÖBV, Paulo Freire Zentrum, Dreikönigsaktion, UniNetz, Weniger Ungleichheit.

Nähere Infos zu allen Veranstaltungen: www.viacampesina.at/termine

Fortsetzung ÖBV-Info I siehe S 15

Wege für eine
Bäuerliche Zukunft
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A–1090 Wien
+43/1/89 29 400
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer MZ 02Z031272M